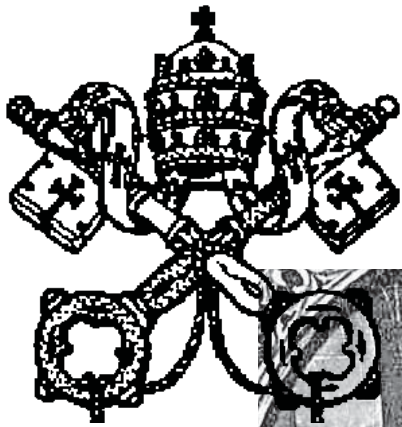


# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Päpstliches Wappen; Bucherverbrennung

Papst  
Johannes  
Paul II.

**Enzyklika  
Fides et Ratio**

„Glaube und  
Vernunft sind  
wie die beiden  
Flügel, mit  
denen sich  
der menschl-  
iche Geist zur  
Betrachtung  
der Wahrheit  
erhebt.“

S. 18



## Aktuell aus Politik und Wirtschaft

|                                                                      |   |
|----------------------------------------------------------------------|---|
| <i>Aktuell in Bonn</i> .....                                         | 2 |
| PDS zur rot-grünen Steuerreform                                      | 3 |
| „Linker mit Bodenhaftung“ wird<br>stellvertr. IG Metall-Vorsitzender | 4 |
| Neuer Exportrekord                                                   | 4 |
| Billigjobs: Populismus mit<br>unpopulären Folgen                     | 5 |
| Friedensratschlag: Warnung vor<br>neuer NATO-Strategie               | 6 |
| Menschenrechtsverletzungen in<br>der BRD                             | 7 |

## Auslandsberichterstattung

|                                            |    |
|--------------------------------------------|----|
| Öcalan in Rom                              | 8  |
| Petition gegen PKK-Verbot einge-<br>reicht | 8  |
| Venezuela: Chavez ist neuer<br>Präsident   | 9  |
| Rußland: Antisemitismus<br>in der KP       | 10 |
| Meldungen                                  | 11 |

## Regionales West und Ost

|                                                                             |    |
|-----------------------------------------------------------------------------|----|
| <i>Lokaler Widerstand</i> .....                                             | 12 |
| Baden-Württemberg: Im Agenda-<br>prozeß Profil zeigen                       | 13 |
| Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe<br>sollen privatisiert werden              | 14 |
| Südschleswiger Wählerverband<br>setzt sich für Kurden ein                   | 14 |
| Dortmund: Deutsch-griechisches<br>Treffen bekräftigt Forderung der<br>Opfer | 14 |
| Berlin: Café Germania mußte<br>schließen                                    | 15 |
| Lausitz: Probleme nach dem<br>Bergbau                                       | 16 |
| Berlin: Wieder Nazi-Demo<br>erlaubt                                         | 16 |
| <i>O-Ton</i> .....                                                          | 16 |
| <i>Kommunale Politik</i> .....                                              | 17 |

## Aus Betrieben und Gewerkschaften

|                                            |    |
|--------------------------------------------|----|
| Was war?                                   | 18 |
| Gesamtmetall fordert<br>Flexi-Löhne        | 19 |
| ÖTV: Forderungen aus den<br>Kreisverbänden | 19 |
| Gemeinsamer Handelstag von<br>DAG und HBV  | 20 |

## Diskussion und Dokumentation

|                                                                     |    |
|---------------------------------------------------------------------|----|
| Enzyklika „Fides et ratio“                                          | 22 |
| <i>In und bei der PDS: Regional-<br/>treffen der PDS West (Süd)</i> | 23 |

## Termine

**Beilagenhinweis: dieser Ausgabe  
liegt der Arge-Rundbrief bei.**

**AKTUELL IN BONN BANKEN/FEIER-  
TAGE:** Der Bundestag hatte noch in  
der 13. Legislaturperiode beschlos-  
sen, per 1. Januar 1999 Sonn- und  
Feiertagsarbeit im Bankgewerbe zu-  
zulassen. Dies hat nicht nur eine un-  
verhältnismäßige Belastung der Be-  
schäftigten in diesem Bereich zur Folge,  
sondern bedeutet zugleich Kulturrabbau  
hin zu einer Rund-um-die-Uhr-Arbeits-  
gesellschaft. Deshalb hatte die Bundes-  
tagsfraktion der PDS unverzüglich nach  
Beginn der 14. Legislaturperiode den  
Entwurf eines Gesetzes eingebracht, der  
die Zulassung von Sonn- und Feiertags-  
arbeit zum 1. Januar 1999 im Bankge-  
werbe verhindert hätte. In trauter Ge-  
meinsamkeit haben SPD, Grüne,  
CDU/CSU und FDP nun im Ausschuss  
für Arbeit und Sozialordnung eine Be-  
schlussempfehlung zu diesem Gesetzent-  
wurf abgelehnt und damit verhindert,  
daß über den Gesetzentwurf noch im De-  
zember 1998 im Bundestag entschieden  
werden kann. Die PDS-Abgeordnete  
Knake-Werner: „Alle waren sich darüber  
im Klaren, daß damit die Einführung der  
Sonn- und Feiertagsarbeit im Bankge-  
werbe per 1. Januar 1999 nicht mehr auf-  
zuhalten ist. Ihnen fehlt aber der Mut, da-  
zu offen im Plenum zu stehen, so daß sie  
den Weg der Verhinderung einer Abstim-  
mung im Plenum vorgezogen haben. Das  
Ergebnis ist das gleiche: Zusätzliche Be-  
lastungen für die Beschäftigten im Bank-  
gewerbe und ein Angriff auf kulturelle  
Werte unserer Gesellschaft.“

**VDA GESTRICHEN:** Anfang Dezember  
verlautete in der Presse, der schon lange  
umstrittene „Verein für das Deutschtum  
im Ausland“ (VDA) werde künftig vom  
Auswärtigen Amt keine Mittel mehr für  
seine Wühltätigkeit im Ausland erhalten.  
Der stellvertretende Vorsitzende und  
außenpolitische Sprecher der PDS-Frak-  
tion, Wolfgang Gehrcke, dazu am 3.12.:  
„Die PDS-Bundestagsfraktion begrüßt,  
daß der „Verein für das Deutschtum im  
Ausland“ künftig von der Bundesregie-  
rung keinerlei Fördermittel mehr erhält.  
Dies umso mehr, als die PDS-Abgeord-  
neten eine solche Forderung bereits seit  
8 Jahren erhoben haben. Mit zahlreichen  
parlamentarischen Anfragen haben sie  
dazu beigetragen, das rechtsextremisti-  
sche Umfeld dieses Vereins ans Tageslicht  
zu bringen und auf Unregelmäßigkeiten  
bei der Verwendung von Fördermitteln  
hinzuweisen. Die PDS-Bundestagsfrak-  
tion fordert, daß der Verein die rund 22,5  
Mio. DM aus dem Bundeshaushalt, für die  
er keine Verwendungsnachweise erbrin-  
gen kann, zurückzahlen muß.“

**ATOMGESETZNOVELLE:** Für heftigen  
Streit schon vor der öffentlichen Vorlage  
hat die Atomgesetznovelle gesorgt, die  
derzeit noch im Umweltministerium aus-  
gearbeitet wird. Noch bevor der Entwurf  
der Novelle dem Minister vorlag, war er  
schon an die Presse durchgesickert. In-  
halt: Die seit 1959 im Atomenergie ver-

ankerte Förderung dieser Energie wird  
gestrichen, die Aufarbeitung abgebrann-  
ter Brennstoffe verboten, Atomtranspor-  
te auf das „zwingend notwendige Maß“  
begrenzt, die Haftung je Anlage von 500  
Mio. DM auf 5 Mrd. DM angehoben, Kos-  
ten für den vorzeitigen Ausstieg aus Wie-  
deraufbereitungsverträgen sollen die  
Firmen tragen. Die Branche tobt - so laut,  
daß selbst die Wirtschaftspresse die Kon-  
zerne darauf hinwies, die politische Ent-  
scheidung über die Energiepolitik dürfe  
in diesem Land schon der Gesetzgeber  
treffen und nicht die Energiewirtschaft.

**VOLKSENTSCHEIDE:** SPD-Justizmi-  
nisterin Däubler-Gmelin hat in einem  
Zeitungsartikel angekündigt, sie wolle  
im Grundgesetz Volksinitiativen, Volks-  
begehren und Volksentscheide veran-  
kern. Außerdem sollte die Wahlperiode  
des Bundestages auf 5 Jahre verlängert  
werden. Für eine Änderung des Grund-  
gesetzes braucht die Regierung auch die  
Stimmen der PDS, der FDP und zumin-  
dest von Teilen der Union. Die Ministerin  
will deshalb „Überzeugungsarbeit“ bei  
der Union leisten.

**DEUTSCHE BAHN:** Mit Pünktlichkeit-  
soffensiven komme „die Bahn-Misere  
nicht vom Fleck“, hat der verkehrspoli-  
tische Sprecher der PDS Winfried Wolf  
das 10-Punkte-Programm von Bahn-  
Chef Ludewig kritisiert. Die Ziele „mehr  
Pünktlichkeit“ und „besserer Service“  
seien „so originell und symptomatisch  
wie der mit jedem neuen Bahnmanage-  
ment verbundene Beschluß, den Farb-  
strich des rollenden Materials zu wech-  
seln. Die letzte Pünktlichkeitsoffensive  
wurde vor einem halben Jahr gestartet –  
mit dem Ergebnis, daß die Züge seither  
noch unpünktlicher sind.“ „Die Rah-  
menbedingungen der Verkehrspolitik be-  
günstigen Straße und Luftverkehr“, hier  
müsse eine Änderung her. Das wolle auch  
die rotgrüne Regierung nicht ändern:  
„Keine Entfernungspauschale, keine  
Kerosinsteuer, weitere und erhöhte Mi-  
neralölsteuer im Schienenverkehr u.a.  
durch die sog. Ökosteuern; Bau des Trans-  
rapids.“

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Am 9.  
Dezember berät der Bundestag über die  
UN-Menschenrechtskonvention (50. Jah-  
restag), vor allem aber über den kom-  
menden EU-Gipfel in Wien. Nachmittags  
geht's dann weiter mit den Schlußbera-  
tungen des Regierungsgesetzes zu „Kor-  
rekturen in der Sozialversicherungen  
und zur Sicherung der Arbeitnehmer-  
rechte“, zur Reform der Krankenversi-  
cherung und zum Steuerentlastungsge-  
setz der Regierung. Außerdem werden die  
deutschen Mitglieder in den parlamenta-  
rischen Versammlungen von WEU und  
Europarat gewählt. Abends stehen PDS-  
Anträge zu Wohngeld und Wohnungspo-  
litik auf der Tagesordnung. Am 11./12.  
Dezember ist EU-Gipfel in Wien.

# Viel Lärm um nichts im Unternehmerlager

Von Barbara Höll und Daniela Trochowski

Zu den Hauptkritikern der rot-grünen Steuerpläne gehören die Arbeitgeberverbände. Entgegen ihren Behauptungen kommen die Unternehmen bei dem Reformpaket jedoch weitgehend ungeschoren davon.

Wer ist die „Neue Mitte“, mag sich so mancher angesichts der Pläne der rot-grünen Regierung zur Einkommen- und Körperschaftssteuerreform fragen. Sind es – O-Ton Gerhard Schröder – die „Leistungsträger unter den Arbeitnehmern“, die Alleinerziehenden oder doch eher die Konzerne? Letztere scheinen es zumindest noch nicht bemerkt zu haben, denn gerade aus ihren Verbänden war in den letzten Wochen nur Kriegsgeschrei zu vernehmen.

Fakt ist, daß die beabsichtigte Steuerreform einiger Nachbesserungen vor allem im Hinblick auf die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bedarf. Hier gehen Sozialdemokraten und Grüne nur sehr kleine Schritte, die zudem noch hinter ihren eigenen Forderungen aus Wahlkampfzeiten zurückbleiben. So soll das steuerfreie Existenzminimum im nächsten Jahr auf gerade 13 000 Mark und erst 2002 auf insgesamt 14 000 Mark

angehoben werden. Dies ist unzureichend, wurde doch der Grundfreibetrag, der den existenznotwendigen Bedarf steuerlich freistellen soll, von der früheren Bundesregierung bereits für 1992 auf 14 000 Mark festgelegt. Aktuell müßte dieser Betrag auch nach den jüngsten Aussagen der Nationalen Armutskonferenz mindestens 17 000 Mark betragen. Die Forderung der PDS nach einer entsprechenden Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums wird vom Hause Lafontaine mit der Begründung von „Finanzengpässen“ und „Haushaltsrisiken“ zurückgewiesen.

Bei den Unternehmenssteuern soll dieses Argument hingegen nicht zählen: So soll bis zum Jahr 2000 der einkommenssteuerliche Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte auf 43 Prozent und ab 1999 der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne auf 40 Prozent gesenkt werden.

Die Tarifsenkungen, die kleinen Unternehmen wenig nützen, da sie oft einen niedrigeren Steuersatz haben, sollen durch die Streichung zahlreicher steuerlicher Subventionen, also die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, finanziert werden. Diese Intention versetzte die Lobbyisten der Konzerne in helle Aufregung, sollten ihrer Meinung nach

die Steuersätze doch noch stärker gesenkt werden, um „Mehrbelastungen“ zu verhindern.

## Mehrbelastung nur auf den ersten Blick

Auf den ersten Blick scheint die Belastung der Unternehmen durch die Streichliste tatsächlich die tarifliche Entlastung zu übersteigen. Bei genauerem Hinsehen stellt man jedoch schnell fest, daß das „Standortuntergangsgeschrei“ der Arbeitgeber viel Lärm um nichts ist.

Ein erheblicher Teil der Mehrbelastungen trifft nämlich nicht das Unternehmen selbst, sondern vielmehr dessen Eigentümer, die sich bisher an Steuerumgehungsstrategien gütlich getan haben – z.B. durch die Streichung der Freibeträge und Steuerermäßigungen für Unternehmensveräußerungen. An der kostenmäßigen Belastung des Betriebes ändert sich durch derartige Regelungen nichts.

Eine höhere Belastung des Mittelstandes kann ebenfalls nicht festgestellt werden. Ein erheblicher Teil der Streichliste betrifft Steuersubventionen, die erfahrungsgemäß vor allem von den großen Unternehmen genutzt werden, etwa diverse Rückstellungen. Kleine und mittlere Unternehmen, die meist als Personen-

## Barbara Höll am 4.12. im Bundestag

„Wir haben uns damit auseinanderzusetzen, ob wir endlich die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes einhalten oder ob dieser Maßstab immer noch nicht erfüllt wird, auch unter rotgrün nicht. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1992 wurde ausgeführt, daß dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Steuerpflicht von seinem Einkommen soviel verbleiben muß, wie er zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes – seines eigenen und das seiner Familie – bedarf ...

Man muß feststellen, daß es unter den Experten bisher weitgehende Einigkeit darüber gab – von den Wohlfahrtsverbänden bis zu den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen –, daß der von der alten Regierung für 1999 vorgesehene Grundfreibetrag von 13 000 DM unzureichend ist und damit nicht der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes entspricht ...

Die alte Bundesregierung von CDU/CSU und F.D.P. hat in Vorbereitung des Bundesverfassungsgerichtsurteils bereits 1992 das Existenzminimum mit 12 400 DM veranschlagt, unter Berücksichtigung des Mehrbedarfszuschlags

auf 14 000 DM. Ungeachtet dessen, daß CDU/CSU und F.D.P. den Grundfreibetrag für 1996 trotz alledem auf 12 096 DM festgelegt haben, halten Sie von der Koalition heute de facto an diesen alten Beschlüssen fest ...

Noch einmal zur Erinnerung: Nach EU-Maßstab müßten es 1425 DM pro Monat sein, um in dieser Bundesrepublik überhaupt über die Armutsgrenze zu kommen ...

Diese Erkenntnisse hatten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in der vergangenen Legislaturperiode. Folgerichtig forderte die SPD für 1998 ein steuerfreies Existenzminimum von 14 000 DM, Bündnis 90/Die Grünen forderte 15 000 DM.

Jetzt, nach der Wahl, verharren Sie mit dem Argument von Haushaltszwängen bei einem verfassungswidrigen Zustand ...

Die Regierung hat ... mit ihrer Politik die Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung sicherzustellen. Wenn Sie dabei in Finanzierungsengpässe geraten, verzichten Sie doch zum Beispiel auf die Senkung des Spitzensteuersatzes. Daneben haben wir andere Vorschläge, wie zum Beispiel die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die Sie auf den Sankt-

nimmerleinstag verschieben wollen, gemacht.

Die PDS hat heute einen Änderungs- und Entschließungsantrag eingebracht. Wir wollen sicherstellen, daß der steuerfreie Grundfreibetrag zum 1. Januar nächsten Jahres auf 15 000 DM festgelegt wird ...

Unter Berücksichtigung der inzwischen gestiegenen Lebenshaltungskosten ... ist klar, daß bereits jetzt 300 DM (Kindergeld, d. Red.) das Gebot der Stunde ist. Das haben Sie von Bündnis 90/Die Grünen ebenso wie die PDS bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert. Wir werden das weiterhin einklagen. Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht ...

Sie haben in ihrem Gesetzentwurf ... eine Finanzierungsquelle aufgezeigt. Sie schlagen die Begrenzung des Ehegattensplittings – allerdings nicht jetzt, sondern erst im Jahre 2002 – vor, um damit eine Erhöhung des Kindergelds um 10 DM zu finanzieren.

Warum sind Sie wieder so halbherzig? Fangen Sie an! Folgen Sie unserem Vorschlag der Kappung des Ehegattensplittings im ersten Schritt bereits für das nächste Jahr ...“  
(aus dem Protokoll der Bundestagssitzung am 4.12.98)

→ gesellschaften organisiert sind, profitieren vergleichsweise stärker von der tariflichen Einkommenssteuerentlastung. Offenbar schicken die Unternehmensverbände sie ins Gefecht, um unbemerkt die Interessen der großen, ertragsstarken Betriebe zu verteidigen.

Darüber hinaus verfolgen die Koalitionäre das ehrgeizige Ziel einer reformunabhängigen Besteuerung: Alle Unternehmen sollen danach ab 2000 einen einheitlichen Steuersatz von 35 Prozent zahlen. Diese massive Steuersatzsenkung um zehn Prozentpunkte schlägt jährlich mit mindestens 12 Milliarden Mark auf der Soll-Seite der Haushaltsbilanz zu Buche. Diese nachhaltige und dauerhafte Entlastung wird gegen die Einmaleffekte der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, aus denen nur kurzfristig Mehreinnahmen resultieren, getauscht. Das Entlastungsvolumen aus der einheitlichen Unternehmensbesteuerung ist in der von Oskar Lafontaine anvisierten steuerlichen Nettoentlastung von 15 Milliarden Mark im Jahr 2002 noch nicht eingerechnet. Nach Adam Riese hat der Finanzminister dann 27 Milliarden Mark zu finanzieren – wie, bleibt sein Geheimnis. Das gesamte Reformprojekt scheint ein Scheck auf ein ungedecktes Konto zu sein.

Legt man alle Mosaiksteine des Gesamtkunstwerkes „Steuerreform“ nebeneinander, wird deutlich, daß der Trend des Rückzuges der Wirtschaft aus der Finanzierung des Gemeinwesens höchstens gestoppt, keineswegs umgekehrt wird. Dies ist um so pikanter, als daß Finanz- und Wirtschaftsminister, unter stehenden Ovationen der Wirtschaft, eine Diskussion über die Steuerfinanzierung bestimmter Sozialversicherungsleistungen eröffnet haben. Damit wird der Ausstieg der Unternehmen aus der Finanzierung der Versicherungssysteme vorbereitet. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden wieder einmal die Hauptlast von „Reformen“ tragen.

#### **Ist die Wirtschaft Schröders „Neue Mitte“?**

Es sieht ganz so aus, als ob die Wirtschaft den Platz in der „Neuen Mitte“ ausfüllen wird, die von der Steuerreform profitieren soll. Dies widerspricht allerdings dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung, mit dem auch SPD und Grüne vor zwei Monaten angetreten sind. Sinnvoller wäre es, Mehreinnahmen durch die Streichung von Subventionen nicht zur Senkung von Spitzensteuersätzen, sondern z.B. zur stärkeren Erhöhung des Grundfreibetrages und Senkung des Einkommenssteuersatzes zu verwenden. Damit würden kleine und mittlere Einkommen und eben auch kleine und mittlere Unternehmen, die einkommenssteuerlich veranlagt werden, entlastet.

*Barbara Höll ist finanzpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Daniela Trochowski ihre Mitarbeiterin.*

## **IGM Gewerkschaftstag**

# **„Linker mit Bodenhaftung“ wird Zwickels Stellvertreter**

Vom 29. November bis zum 2. Dezember fand der 5. außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Drei Themen wurden von den 600 Delegierten diskutiert: der „Organisationsentwicklungsprozess (OE)“ sowie die Nachwahl des zweiten Vorsitzenden, des Walter Riesters, des bisherigen zweiten Vorsitzenden, der als Arbeitsminister der Regierung Schröder beitrug. Und letztendlich das Bündnis für Arbeit, zu dem Bundeskanzler Schröder am ersten Kongresstag sprach. Die Tarifrunde 1999 spielte keine Rolle (siehe hierzu auch den Artikel auf Seite 19)

Die Frage der Rieger-Nachfolge erregte bereits im Vorfeld mehr Interesse als der OE-Prozess, der hier ebenso wenig wie das Bündnis für Arbeit Gegenstand der Betrachtung sein soll.

Als Kandidat des Vorstandes ging der Hannoveraner Bezirksleiter Jürgen Peters in den Ring, der sich selbst mal als „Linker mit Bodenhaftung“ kennzeichnete. Ursprünglich hatte der Geschäftsführende Vorstand den Hauptkassierer Bertin Eichler als Rieger-Nachfolger vorgeschlagen. In der Vorstandssitzung vom 10. November wurde Jürgen Peters jedoch als Gegenkandidat benannt. Im zweiten Wahlgang erhielt er 20 von 32 Stimmen. Auf dem Gewerkschaftstag selbst votierten 90,5% der Delegierten für ihn – ein Ergebnis, das angesichts der

Entstehungsgeschichte viele überraschte.

Bundesweites Aufsehen erregte Peters mit der 28,5-Stunden-Woche bei Volkswagen – Arbeitszeitverkürzung bei voller Lohnsenkung produzierte auch Beifall in der reaktionären Ecke. Der erste Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung – in der ersten Fassung noch mit Teillohnausgleich – entstand ebenfalls in Niedersachsen. Auch die tarifpolitische Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung wurde im kleinen Tarifgebiet Niedersachsen entschieden.

Neueste tarifpolitische Errungenschaft aus dem Hause Peters ist der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung, der bundesweit in den Rang eines Modells erhoben werden soll. Auch in diesem Tarif herrscht der Gedanke von „solidarischer Umverteilung vom knappen Gut Arbeit“ vor: vorübergehende Teilzeitarbeit mit Teillohnausgleich, von allen Beschäftigten durch Verzicht auf die bisher tariflich vereinbarte Kontoführungsgebühr selbst finanziert.

Am 19. November fand in Hannover zum Zwecke der Forderungsaufstellung für die Tarifrunde 1999 die Sitzung der Tarifkommission statt, vermutlich letztmalig unter der Leitung von Peters. Die Bezirksleitung brachte hinsichtlich der Forderung folgende Beschlusvorlage in die Sitzung ein:

Gebiete der Welt. 1991 betrug er „nur“ noch 22 Milliarden DM.

Inzwischen jagen die Exporte der großen Konzerne wieder von Rekord zu Rekord. 1998 exportierten deutsche Konzerne schon in den ersten neun Monaten ersten Halbjahr mehr Waren in alle Welt, als im ganzen Jahr 1989 zusammen: Warenexporte von 705 Milliarden DM hatten die Statistiker der Bundesbank bis zum 30. September bereits erfaßt. Ca. 60% davon wurde in EU-Länder exportiert, ca. 9% in die USA und ca. 13% in die sog. „Reformländer“, d.h. den früheren RGW und China.

Da zugleich die Importpreise bei Rohstoffen auf ein neues Tief gefallen sind – Rohöl z.B. ist billig wie lange nicht mehr – zeichnet sich ein neuer Rekordüberschuß im Außenhandel bereits ab. Bis 30. September hatten die Statistiker der Bundesbank bereits einen Überschuß im Warenhandel von 100,8 Milliarden DM erfaßt.

Am Vorabend der EURO-Einführung zeichnet sich damit ein neuer Jahrhundertrekord im deutschen Außenhandel ab – Zeichen für eine enorme Vormacht

## **Neuer Exportrekord, Lohnstückkosten optimal**

In ihrem jüngsten Monatsbericht gibt die Bundesbank deutliche Hinweise auf eine optimale Konkurrenzposition der deutschen Konzerne auf den Weltmärkten.

Im Außenhandel etwa erwartet die Bundesbank einen neuen Exportrekord in diesem Jahr, der sogar den bisherigen Jahrhundertrekord aus dem Jahr 1989 – dem Jahr des DDR-Anschlusses – übertreffen dürfte. 1989 exportierten die deutschen Konzerne Waren zum Preis von 641 Milliarden DM in alle Welt – vornehmlich in die anderen EU-Länder und in die USA. Bei gleichzeitigen Warenimporten von 506 Milliarden DM bedeutete das einen Überschuß von 135 Milliarden DM – genug, um im nächsten Jahr die gesamte DDR-Wirtschaft in Grund und Boden zu konkurrieren und den Warenabsatz dort sich komplett unter den Nagel zu reißen. Dementsprechend sank nach dem DDR-Anschluss der Exportüberschuss in die anderen

„Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6,5% ab 1. Januar 1999.

Wenn sich im Laufe der Verhandlungen dazu die Möglichkeit ergibt, sollte auch über Zwischenschritte zu einem gemeinsamen Entgelt-Tarifvertrag gesprochen werden (Strukturanpassung von Löhnen und Gehältern).“

In der folgenden Debatte erhoben Vertreter aus den Betrieben die Forderung nach 300 DM Festgeld bzw. 8,2%, mindestens 250 DM, und begründeten dies u.a. auch ausdrücklich mit dem die Struktur verändernden Charakter dieser Forderungen. Weiter wurde seitens der Vertreter aus den Betrieben eingewendet, daß, anders als vielleicht in Baden-Württemberg, die Debatte um den gemeinsamen Entgelt-Tarifvertrag in den Betrieben derzeit keinen Boden hätte.

Peters entgegnete offensichtlich genervt: „Ich dachte, das mit dem Festgeld hätten wir hinter uns.“ An anderer Stelle verstieg er sich in die Behauptung, Festgeld hätte keine die Struktur verändernde Wirkung (Peters: „Wir können dazu ja noch ein Seminar machen“).

Richtig ist, daß in der Metallindustrie inzwischen die Entgeltstufen zwischen Zeitlöhnern, Leistungslöhnern und Angestellten derart unterschiedlich sind, so daß die Orientierung auf einen gemeinsamen Entgelt-Tarifvertrag richtig und notwendig ist. Alles, was dazu Beiträge leistet, ist willkommen.

Der tarifliche Grundlohn für Zeitlohnarbeiter der Lohngruppe 7 (Facharbeiterecklohngruppe) beträgt in Niedersachsen 3 061 DM/Monat. Der Akkordlöhner in Lohngruppe 7 erhält bei einem in der Fläche durchschnittlichen Verdienstgrad von 135% 4 132,35 DM/Mo-

deutscher Konzerne im künftigen „Euroland“.

Nicht anders die Zahlen der Bundesbank beim Vergleich der Lohnstückkosten. Hier haben die Frankfurter Statistiker errechnet, daß die Lohnstückkosten von 1975 bis 1997 – also in den letzten 22 Jahren – im verarbeitenden Gewerbe der BRD um nur 87% gestiegen sind. Zum Vergleich: in den USA stiegen sie im gleichen Zeitraum um 96,1%, in Frankreich um 146,7%, in Großbritannien um 268,7% und in Italien um 317,5%. Nur in Japan lag der Anstieg in dieser Zeit niedriger: +17,8%. In der gesamten OECD (18 Industrieländer ohne die BRD) stiegen die Lohnstückkosten in diesem Zeitraum um 122,8%.

Die Statistiker der Bundesbank erkennen natürlich, daß dieses Ergebnis irgendwie nicht zur der von den Interessenverbänden der Konzerne verbreiteten „Standortkrise“ paßt, und grübeln etwas konsterniert nach. Um die Propaganda der Industrieverbände BDI und BDA nicht zu stören, erklären sie deshalb, ein Vergleich der Lohnstückkosten sei nur unter „sehr restriktiven Annah-



nat. Der von der Ausbildung her vergleichbare Angestellte in der Gehaltsgruppe 3, Richtgehalt nach vier Jahren, erhält 3 954 DM/Monat.

Neben der Tatsache, daß im Arbeiterbereich die Zeitlöhner an die Akkordlöhner rangeholt werden müssen (ohne den Akkordlöhnern etwas wegzunehmen), muß auch die klaffende Lücke zwischen Arbeitern und Angestellten geschlossen werden (alle müssen mehr kriegen, einige mehr mehr). Wie Jürgen Peters das mit einer reinen Prozentforderung hinkriegen will, blieb im Dunkeln. Schließlich wurde die 6,5%-Forderung bei 9 Gegenstimmen angenommen.

w.g.

men“ für „ein angemessenes Bild der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ geeignet.

Das stimmt zum Teil: direkte Steuern der Unternehmen und Wechselkurse spielen natürlich auch eine wichtige Rolle. Lohnstückkosten plus Außenhandel zusammen zeigen freilich ein eindeutiges Bild. Die deutschen Konzerne erwirtschaften enorme Renditen im Außenhandel, sind konkurrenzfähig wie lange nicht mehr, ihr Geschäft boomt, die Dividenden auch. Kein Wunder, daß die Börse angesichts dieser Daten und mit der Aussicht, daß zum 1.1.99 die Wechselkurse in „Euroland“ unveränderbar sind, nach der Asien- und Rußlandkrise wieder obenauf ist.

Es wird wirklich hohe Zeit, daß die DGB-Gewerkschaften die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wenigstens ein bißchen durch energische Tarifpolitik zu korrigieren versuchen. Das würde auch die Position der Gewerkschaften in den anderen EUOLändern erheblich verbessern. rül  
Quelle: Bundesbank-Monatsbericht Nr. 11/98

Billigjobs

## Populismus mit unpopulären Folgen

Unter dem Titel „Gegen den Mißbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und gegen Scheinselbstständigkeit“ hatte die SPD/Grüne-Regierung in ihrer Koalitionsvereinbarung ein auf den ersten Blick bestechendes „antikapitalistisches“ Projekt versprochen, das auch noch ganz schnell verwirklicht werden sollte – im Gegensatz zu anderem, was mehr in den Nebeln von Finanzierungsverboten liegt.

Unseren Lesern ist bekannt, daß die Änderungen bei den sogenannten 620-DM-Jobs gründlich daneben ging. Statt zum 1. Januar soll jetzt bis zum 1. April eine Regelung gefunden werden, die durch erhöhte Abgaben für geringfügige Beschäftigte und „Scheinselbstständige“ eine Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung finanzieren soll.

Geplant war zunächst, die Grenze für die geringfügige Beschäftigung auf 300 DM zu senken und alle, die mehr verdienen, zumindest rentenversicherungspflichtig zu machen. Proteste dagegen kamen nicht nur vom Gaststättenverband und den Reinigungsunternehmen, den Branchen, in denen geringfügige Beschäftigung am meisten verbreitet ist – das hätte Rot-grün ausgehalten und sogar noch werbewirksam einstecken können. Proteste kamen vielmehr auch von den betroffenen Beschäftigten, immerhin 5,6 Millionen, die befürchteten, daß sie entlassen werden oder bedeutend geringere Einkommen haben werden. Also kam dann als „Schnellschuß“ die Idee, bei den finanziellen Belastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmern alles beim Alten zu lassen und den Betrag, der bisher von den Arbeitgebern als Pauschalsteuer abgeführt werden muß, künftig als Beitrag in die Sozialversicherung umzu lenken. Dagegen waren die Regierungen der Bundesländer (einschließlich SPD), weil sie Steuerausfälle befürchteten, dagegen sprachen aber auch verfassungsrechtliche Bedenken: denn Beiträge in die Rentenkasse sollten zwar gezahlt werden, aber keine Ansprüche entstehen. Das „antikapitalistische“ Projekt war zu dem verkommen, was die SPD früher immer an Norbert Blüm kritisiert hatte: Verschiebebahnhof zwischen Steuern und verschiedenen Sozialversicherungskassen und zwar zu Lasten von Beschäftigten, die's nicht gerade üppig haben. Das war zuviel, und es kam dann zum Rückzug der rot-grünen Regierung.

Zu erwarten ist allerdings, daß auch ein zweiter Anlauf nicht zu einem für die Betroffenen zufriedenstellenden Ergebnis führen wird. Das liegt an dem Ansatz selber. Die geringfügige Beschäftigung wird von der Regierungskoalition, insbesondere von der SPD und insbesondere vom Arbeitsminister, aus der Sicht des

gewerkschaftlich durchorganisierten Großbetriebes (oder entsprechenden Dienststellen des öffentlichen Sektors) betrachtet. Die geringfügige Beschäftigung wird als Konkurrenz zum sogenannten Normalarbeitsverhältnis gesehen – und tatsächlich haben ja viele Unternehmen und öffentliche Dienstherren eine entsprechende Personalpolitik gemacht.

Das ist aber nur die eine Seite. Für viele der geringfügig Beschäftigten ist der 620-DM-Job eine Möglichkeit der Lebensplanung (Stichworte: Kinderbetreuung, nicht mehr die Kraft für volle Arbeitszeit usw.). Man muß das nicht verherrlichen, aber ein Abholzen schmeißt solche Lebensplanungen um und wird daher als existentielle Bedrohung empfunden. Und wo sind die Grenzen zwischen Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung?

Die Probleme einer ungenügenden Sozialabsicherung, insbesondere bei der Rente, stellen sich doch auch bei jemanden, der für Teilzeitarbeit 1 200 oder 1 500 DM brutto im Monat erhält.

Für eine Reform, die die tatsächliche Zerklüftung bei den Lebens- und Arbeitsverhältnissen endlich berücksichtigt, bedarf es etwas mehr als Polemik gegen „Billigjobs“. Es sind große Probleme, die sich angehäuft haben und die den Wähler ja auch bewogen hatten, die Regierung Kohl abzuwählen.

Nur als Stichworte: Rentenhöhe im Verhältnis zu Arbeitseinkommen bei unsteten (in Bezug auf Erwerbstätigkeit) Lebensläufen. Was ist mit der Familienmitversicherung, die bestimmt mehr Geld aus der Versicherungskasse in Mittelklassehaushalte pumpt als durch Versicherungsfreiheit von Billigjobs verloren geht?

Muß nicht jeder, der erwerbstätig ist, versichert sein? Ansätze für Lösungen gibt es, wobei feststeht, daß es ohne eine gewisse soziale Grundversicherung, die unabhängig vom jeweiligen Erwerbsstatus und Familienstand ist, nicht gehen kann.

alk

**Mag ja sein, daß Sie hier weniger verdienen als ihre Stütze war, aber jedenfalls haben Sie Ihre Würde wieder!**



## 5. Ratschlag der Friedensbewegung in Kassel

# Warnung vor der neuen NATO-Strategie, für Abrüstung

Mit etwa 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht war am vergangenen Wochenende der 5. Ratschlag der Friedensbewegung in Kassel. Friedensgruppen aus sechs (west-)europäischen Ländern waren vertreten und diskutierten zwei Tage lang über den gemeinsamen Widerstand gegen neue Rüstungsvorhaben und gefährliche neue Entwicklungen bei der Kriegsführung und der NATO-Strategie.

Eine große Rolle spielte dabei die Diskussion um die neue NATO-Strategie und die atomare Bewaffnung der NATO und die von Außenminister Fischer angestoßene Debatte um die NATO-Strategie des „atomaren Erstschlages“. Hingewiesen wurde u.a. darauf, daß auch auf dem Boden der Bundesrepublik noch atomare Waffen stationiert sind – zwischen elf und 70 Atombomben wurden genannt. Auch die Diskussion um neue Entwicklungen bei biologischen und chemischen Waffen nahm breiten Raum ein.

In einer weiteren Arbeitsgruppe wurde über neue Formen der „privaten Kriegsführung“ aus den USA berichtet. Hier bestehen inzwischen regelrechte „Firmen“, die – angeführt von früheren Verteidigungsbeamten, CIA-Leuten u.a. – mit eigenen Söldnern quasi „gewerblich“ Krieg führen. Solche Söldner-einsätze sind bereits aus dem Balkan bekannt, nehmen aber auch in Afrika und anderen Regionen wieder zu. „Bezahlt“ werden diese widerwärtigen Söldnerfirmen dann am Ende z.B. mit auf diese Weise erbeuteten Rohstofflagern.

Zum Abschluß verabschiedete die Tagung u.a. einen Initiativantrag, in dem sie sich gegen die Auslieferung des PKK-Vorsitzenden Öcalan in die Türkei aussprechen und für eine politische Lösung des Kurdenproblems eintreten.

Die Beschlüsse der Kasseler Tagung lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Wir dokumentieren hier eines der in Kassel umlaufenden Kritikpapiere gegen die neue NATO-Strategie.

rül

### Friedensbewegung warnt vor der neuen NATO-Doktrin

Zum 50. Jahrestag der NATO im April 1999 soll ein neues Strategisches Grundsatzdokument verkündet werden. Die vorgesehenen Änderungen sind so schwerwiegend, daß alle Alarmglocken schrillen müssen. Den Entwurf sollen die NATO-Außenminister bereits am 8.12.98, die NATO-Verteidigungsminister am 17./18.12.98 unterzeichnen. Wir wenden uns gegen die Militarisierung von Außen- und Sicherheitspolitik und rufen zum Protest auf.

Die Textentwurf ist derzeit noch nicht öffentlich. Nach den bisher bekannt gewordenen Diskussionen und Planungen soll die NATO zur umfassenden Verteidigung amerikanischer und europäischer Interessen weltweit befähigt werden. Der ehemalige Verteidigungsminister Rühe sagte, die NATO müsse in Richtung auf eine Gemeinschaft verändert werden, die ihre gemeinsamen Interessen schützen kann und will. Von amerikanischer Seite wurde sogar gefordert, der strategische Zweck der NATO habe auch mögliche Krisen in der Golfregion oder in der Straße von Taiwan zu berücksichtigen. Bei Konflikten wie etwa im Kaukasus zwischen russischen und amerikanischen Ölkonzernen bestünde die Gefahr, daß ethnische Konflikte zur Durchsetzung westlicher Interessen instrumentalisiert werden. Dies heißt: Rückkehr zur Kanonenbootpolitik – nur diesmal mit modernsten Angriffswaffen.

Diese gewalttätige Interessenvertretung soll ohne Rücksicht auf internationales Recht durchgesetzt werden, denn die Handlungsfähigkeit der NATO dürfe bei vitalen Herausforderungen nicht durch die Frage eines Mandates der UNO eingeschränkt werden. Die Selbstmandatierung der NATO im Kosovo-Konflikt war also nicht der oft genannte „Sonderfall“, sondern ein gewalttätiger Schritt in Richtung auf die Zerstörung internationalen Rechts. Militäreinsätze der NATO sollen im Krisenfall künftig auch ohne Legitimation des UN-Sicherheitsrates generell möglich sein. Dies heißt im Klartext: Recht des Stärkeren, statt Stärkung des internationalen Rechts.

Die Rolle der Atomaffen soll nicht neu definiert werden, um keine öffentliche Unruhe aufkommen zu lassen. Obwohl wir von Freunden umgeben sind, will die NATO sich weiterhin vorbehalten, Atomaffen als erste einzusetzen. Diese sollen, anders als im vergangenen Ost-West-Konflikt, nun in regionalen Krisen als Abschreckung gegen biologische und chemische Waffen eingesetzt werden. Nach Aussage des deutschen Generals Klaus Naumann, Vorsitzender des Nato-Rates, darf die Nato das Recht auf einen atomaren Erstschlag nicht aufgeben: „Die Möglichkeit eines Erstschlages verunsichere einen Gegner. Dies sei ein wichtiges Element, um den Frieden zu erhalten und Konflikte zu verhindern“ (FR, 27.11.98).

Daher bekam auch Außenminister Fischer heftigste Kritik von allen (NATO-)Seiten, als er die Einlösung einer Koalitionsvereinbarung einforderte und ein Überdenken dieser Doktrin verlangte.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verkündete am 8.7.96 in einem auch in Deutschland verbindlichen Richterspruch, „daß die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich („generally“) gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts“. 75 US-Bischöfe appellierten im Juni 1998: „Die Menschheit steht vor den schwerwiegendsten Konsequenzen, wenn die Welt von einem durch Kernwaffen repräsentierten Militarismus beherrscht wird, anstatt dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen. (...) Es gibt keine Rechtfertigung für sie. Sie sind zu verdammen“ (zit. nach FR, 31.8.98).

Wenn die Verteidigungs- und Außenminister der NATO dennoch meinen, sie müßten mit Atomwaffen in regionalen Konflikten drohen, müssen sie vor ein internationales Tribunal gestellt werden.

#### *Der neue NATO-Kurs ruft förmlich nach Protest*

Was die NATO-Politiker und ihre Militärs derzeit planen, läuft auf reine Machtpolitik der reichen Staaten über den Rest der Welt hinaus: Militärische Interventionen zur Durchsetzung der eigenen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen. Da es in einer militärisch-unipolaren Welt keinen ernst zu nehmenden Gegner mehr gibt, soll die NATO auf die Legitimation militärischen Handelns durch internationales Recht und die UN verzichten. Was daraus folgt, ist das „Recht der Stärkeren“, also modernisiertes Faustrecht.

- Statt NATO-Faustrecht brauchen wir eine Stärkung des internationalen Rechts, das auch die schwachen Länder schützt. Deshalb müssen die UN und die OSZE gefördert und ausgebaut werden.
- Statt Interventionsarmeen mit schnellen Eingreiftruppen zur Interessendurchsetzung der wohlhabenden Staaten benötigen wir die Entfaltung der Methoden und Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung. Diese sind möglichst vorausschauend einzusetzen, damit Gewalt und Kriege vermieden werden können.
- Statt der Nuklearwaffenstrategien mit dem Vorbehalt, Atomwaffen als erste einzusetzen, benötigen wir einen schnellen Abbau dieser Massenvernichtungsmittel sowie wirksame Kontrollen zu deren Nichtweiterverbreitung.
- Statt der internationalen Einordnung der Militär- und Außenpolitiker in das globale, unipolare Militärsystem unter Führung der USA benötigen wir eine Zusammenarbeit derjenigen Staaten, die es ernst mit dem Satz meinen, daß Außenpolitik Friedenspolitik sein muß. Wir fordern von der neuen Regierung in Bonn, sich ihrer früheren Einsichten zu erinnern und für die Beendigung der

ständigen qualitativen Aufrüstung, für die Abschaffung der Atomwaffen sowie den Verzicht auf Ersteinsatzoptionen einzutreten.

Der geplante NATO-Kurs zeigt: „Militärische Friedenspolitik“ ist ein Widerspruch in sich selbst. Die zivile Gesellschaft und die außerparlamentarischen Organisationen bitten wir, auf allen Ebenen der Gesellschaft gegen diesen Kurs zu protestieren.

*Entwurf des Aufrufs:*

*Prof. Dr. Andreas Buro, Friedenspolitischer Sprecher des Komitee für Grundrechte u. Demokratie, Am Sonnenberg 42, 61279 Grävenwiesbach, Fax 06086-243 Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes, Dorfstr. 3, 56288 Krastel, Fax: 06762-950511, e-mail: BuC.Ronnefeldt@t-online.de*

#### **Menschenrechtsverletzung in Deutschland**

### **FIAN-Kritik vor der UNO**

**Das Menschenrechts-Netzwerk FIAN hat auf der jüngsten Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO heftige Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik vorgetragen.**

Bürgerlich-politische Menschenrechte sind allgemein bekannt, wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit oder das Verbot von Folter (auch sie werden oftmals nicht respektiert). Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte sind nicht weniger wichtig, werden aber wesentlich seltener in der Öffentlichkeit diskutiert. Unter die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte fallen das Recht auf Bildung (Grundschulpflicht), das Recht auf Gesundheit sowie auf Nahrung und Wohnung. 1976 trat dieser Pakt in Kraft, nachdem er von mehr als 35 Staaten anerkannt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte diesen Pakt unmittelbar nach ihrem Beitritt zu der UNO 1973.

1986 setzte der zuständige Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ein. Dieses Komitee besteht aus 18 unabhängigen Experten und Expertinnen, die die unterschiedlichen Rechts- und Sozialsysteme auf der Erde repräsentieren sollen.

Seither hat FIAN (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) als NGO mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen zahlreiche Beiträge zur Arbeit des Komitees geleistet. Zum Bericht der deutschen Regierung, der in diesem Jahr – neben denen von Canada, Israel und der Schweiz z.B. – vom Ausschluß geprüft wird, legte FIAN einen Parallelbericht vor, der im wesentlichen vom Südbadischen Aktionsbündnis gegen Abschiebungen erarbeitet wurde, unter Einbe-

ziehung zahlreicher Berichte und Informationen, die die Betroffenen zur Verfügung stellten.

Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die deutsche Flüchtlingspolitik gegen das in Artikel 2 des Paktes festgeschriebene Diskriminierungsverbot verstößt: „Die Vertragsstaaten verpflichten sich zu gewährleisten, daß die in diesem Pakt verkündeten Rechte ohne Benachteiligung hinsichtlich der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ausgeübt werden.“

Danach darf keine Bevölkerungsgruppe in Deutschland hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte schlechter behandelt werden als andere (selbst wenn es sich um Flüchtlinge mit einem „sonstigen Status“ im Sinne des Aufenthaltsrechtes handelt).

Verstöße gegen dieses Diskriminierungsverbot lassen sich in der bundesdeutschen Realität, aber auch in Gesetzgebung und Rechtsprechung in vielfältiger Weise feststellen: Sozialhilfe erhalten Flüchtlinge nicht, sondern als Sachleistungen mit einem 20%igen Wertabschlag. Frei verfügbare Arbeit wird untersagt, das Recht auf Wohnen wird in Container und Kasernen verlagert; die gesundheitliche Versorgung wird nur in einem sehr eingeschränkten Umfang gewährt. Für die Kinder von Flüchtlingen bestehen keine Integrationsbemühungen, ein Recht auf Bildung ist nicht vorhanden, ebenso das der kulturellen Integration, etc.

Diese und andere Verletzungen der Konvention erwähnt die Bundesregierung in ihrem 127seitigen Bericht nicht. Obwohl das Komitee ausdrücklich fordert, daß auf die Situation benachteiligter und gefährdeter Bevölkerungsgruppen ganz besonders einzugehen ist. Hier hat die deutsche Regierung – führend war hier das Arbeits- und Sozialministerium – allenfalls auf die Bedürfnisse der dänischen Minderheit (4 Seiten), auf das sorbische Volk (5 ½ Seiten) und auf die Friesen wie auch deutschen Sinti und Roma (3 Seiten) abgestellt. Die AusländerInnenpolitik wird auf 2 Seiten beschrieben. Im Bericht der Regierung werden Asylsuchende allenfalls „slightly lower“ im Vergleich zum Bundessozialhilfegesetz abgesichert, hingegen haben die Politiker dies immer – angriffslustig – als Desintegrationsmaßnahme befürwortet.

Im Gegenbericht wird dokumentiert, daß sowohl im Gesetz wie auch in der Rechtsprechung und konkreten Umsetzung der Existenzbedingungen von Flüchtlingen zahllose Verstöße gegen diese internationalen Konventionen vorhanden sind, weshalb das Gremium sich nicht mit der Verharmlosungskunst der Regierung zufrieden geben sollte.

*SAGA-Freiburg  
(Bericht unter [www.fian.org](http://www.fian.org) im Internet)*

Öcalan in Rom

# Rechter Druck auf Regierung in Rom

Unter dem Eindruck einer zügellosen Hetzkampagne der türkischen Regierung und des Boykotts italienischer Waren in der Türkei hat sich die Diskussion in Italien verändert

Die politische Rechte um Berlusconi, die sich in den ersten Tagen nach der Ankunft Öcalans zurückgehalten hatte, erklärt inzwischen: „Öcalan muß ausgewiesen werden. Nein zu politischem Asyl“. Berlusconi bezieht die Regierung der „roten Hilfe“ für Öcalan, unter einer Regierung Berlusconi wäre das nicht passiert.

Auch die Medien sind nach anfänglichen Sympathiebekundungen für die Kurden inzwischen weitgehend umgeschwenkt und kritisieren „Unverantwortlichkeit“ und „Dilettantismus“ der Regierung. Die liberale *Repubblica* kommentierte die Weigerung der Regierung, auf die US-Forderung nach Ausweisung einzugehen, mit den Worten: „Ihr seid verrückt, die Amerikaner zu ärgern“. Die

**Deutsche Waffen, genutzt von der türkischen Armee gegen die Kurden. Das Foto, in „Özgür Politika“ am 7. Oktober veröffentlicht, zeigt den türkischen Truppenaufmarsch damals an der türkisch-syrischen Grenze. Noch nicht einmal einen Waffenlieferstopp haben die EU-Staaten bisher gegen die Türkei verhängt.**



großen Tageszeitungen *Repubblica*, *Corriere della Sera*, *Giornale*, *Messaggero* und *Stampa* haben sogar ganzseitige Anzeigen aus der Türkei angenommen, in denen die PKK (mit den Bildern eines Projektils und einer Heroinspritze) des Mordes an Kindern bezichtigt und die italienische Regierung beschimpft wurde.

## Die Haltung der Regierung D'Alema

Auch die Haltung des Ministerpräsidenten D'Alema und der Minister hat sich verändert. Sie verlangen zwar nach wie vor eine friedliche Lösung der Kurdistfrage, und eine Ausweisung in die Türkei kommt nicht in Betracht. Und D'Alema erklärte auch am 23.11.: „Wir haben

keinerlei Kontakt mit irgendeinem Land, um ihn (Öcalan) insgeheim ausreisen zu lassen“. Aber er hat anschließend nachdrücklich die Vollziehung des deutschen Haftbefehls angemahnt. Und nach der ablehnenden Haltung der deutschen Bundesregierung hat er den mit Schröder vereinbarten Plan eines internationalen Gerichts in den Mittelpunkt gerückt. Die Entscheidung über politisches Asyl soll dagegen offensichtlich auf die lange Bank geschoben werden, obwohl die Gewährung des Asylrechts nach der italienischen Verfassung mit einer eventuellen Verurteilung nichts zu tun hat.

Bei der Debatte in der italienischen Abgeordnetenkammer am 2.12. hat D'Ale-

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses erläuterte dabei in einem Gespräch das weitere Vorgehen. Die etwa 10.500 Unterschriften – mehrere hundert trafen noch nach Abgabeschluss bei der Kampagne ein und werden demnächst noch nachgereicht – werden jetzt den anderen Mitgliedern des Petitionsausschusses zur Kenntnis gebracht. Dann werden das Außenministerium, das Innen- und das Justizministerium um Stellungnahme zu der Petition gebeten. Ende Januar / Anfang Februar dürften diese Stellungnahmen vorliegen. Dann entscheidet der Petitionsausschuß, welche Empfehlung er abgibt, und der gesamte Vorgang geht noch einmal an das Plenum des Bundestages. Hier hat die PDS bereits angekündigt, daß sie bei einem ablehnenden Votum des Petitionsausschusses auf jeden Fall noch einmal auf einer Debatte im Plenum bestehen wird.

Soweit der Verfahrensgang. Unmittelbar vor Abgabe der Petition unterstützten auf einer Pressekonferenz noch einmal die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke und die grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer das Anliegen der Petition und forderten ihrerseits die Aufhebung des PKK-Verbots. Die SPD-Abgeordnete Nina Hauer (von den hessischen Jusos), die vorher zugesagt hatte, ebenfalls zu kommen, erschien nicht („Termingründe“) und gab auch keine Erklärung gegen das Verbot heraus, so daß in der Presse die grüne Ab-

geordnete Beer als einzige Kritikerin des PKK-Verbots in den Regierungsparteien erschien.

Kein gutes Zeichen. Zumal SPD-Innenminister Schily, unterstützt von der CDU/CSU und von dem grünen Abgeordneten Özdemir, sofort erklären ließ, eine Aufhebung des PKK-Verbots käme

## Petition gegen PKK-Verbot eingereicht

### Weitere Repression oder Menschenrechte?

**Am 1. Dezember wurde die Petition „Dialog statt Verbot – das PKK-Verbot aufheben“ an den Bundestag in Bonn übergeben**

nicht in Frage. Viel wird also in den nächsten Monaten davon abhängen, ob sich auch andere gesellschaftliche Kräfte (Kirchen, Gewerkschaften, Jugendverbände usw.) gegen das PKK-Verbot aussprechen oder ob sie weiter schweigen. Auch auf der EU-Ebene sieht die Situation nicht gut aus. Bei Redaktionsschluß hatten die EU-Außenminister gerade erneut über ihr Vorgehen beraten. Aus der Presse verlautet, Öcalan solle vor ein internationales Gericht gestellt werden und eine politische Initiative für die kurdische Frage solle ergriffen werden. Gleichzeitig wolle die EU aber sich nicht in innere Angelegenheiten der Türkei einmischen. Und die PKK werde weiter als eine „terroristische Vereinigung“ betrachtet. Das läßt vermuten, dass die Verfolgung der

Kurdinnen und Kurden in Europa weitergehen soll – insbesondere die Verfolgung der PKK.

Wer einmal die Waffe gegen die NATO und die europäischen Ordnungsmächte zu erheben wagt, soll gestraft werden, lautet die Devise, die aus Bonn und Washington gleichermaßen verbreitet wird. Bewaff-

nete Rebellion gegen die imperialistische Ordnung ist verboten, ist „terroristisch“. Die BRD als die neue Zentralmacht auf dem europäischen Kontinent entwickelt ihre ordnungspolitischen Vorstellungen auch unter der rotgrünen Regierung weiter in strikter Feindschaft gegen jede antiimperialistische Bewegung, gegen jede bewaffnete Rebellion unterdrückter Völker.

Auf der anderen Seite hat die Ankunft Öcalans in Rom die in Europa lebenden Kurdinnen und Kurden ganz erheblich aktiviert und zusammengeführt. Die kurdische Bewegung ist nicht gestärkt, sondern geschwächt, und sie könnte den Bonner und Washingtoner „Ordnungsplänen“ noch einen Strich durch die Rechnung machen. (rül)

lema diese Positionen bekräftigt. Er forderte eine EU-Initiative für einen internationalen Gerichtshof, andererseits aber auch eine Initiative gegenüber der Türkei: „Die Türkei hat den Eintritt in die EU beantragt, und die Union ist gehalten, die Kriterien für den Eintritt zu bewerten, die die Achtung von Minderheiten einschließen“.

#### Unterstützung für die Forderung nach Asyl

Die Regierungsparteien nehmen zum politischen Asyl für Öcalan unterschiedlich Stellung. Cossigas Partei UDR lehnt (bislang im Unterschied zu Cossiga selber) die Gewährung von Asyl ab. Führende Vertreter der größten Regierungspartei, der Linksdemokraten (DS), wollen ein Gerichtsverfahren abgewartet wissen. Für Asyl als einen Schritt hin zur Förderung einer friedlichen Lösung plädieren nach wie vor die Regierungsparteien der Grünen (Verdi) und der Italienischen Kommunisten (PdCI).

Außerhalb der Regierungskoalition tritt Rifondazione comunista für die Gewährung von Asyl ein. Ihr Verantwortlicher für auswärtige Angelegenheiten, Ramon Mantovani, fordert Asyl, um zu einer friedlichen und politischen Lösung zu kommen. Die PKK verfechte „Widerstand, nicht Terrorismus“. Mantovani hat bestätigt, daß er an Bord des Flugzeugs war, mit dem Öcalan aus Moskau nach Rom kam, „um dessen Unversehrtheit zu garantieren“. Das Sekretariat von Rifondazione sei darüber informiert gewesen, es habe aber keine Einladung der Partei an Öcalan gegeben.

Der Sekretär von Rifondazione, Bertinotti, hat nach einem Gespräch mit Öcalan vor einer Ausweisung gewarnt. Damit würde die Regierung „eine sehr schwere Verantwortung übernehmen. Sie würde sich verantwortlich machen für eine Kriegspolitik, nämlich eine Situation des Kriegs bewirken, wo sich im Gegenteil die Perspektive von Frieden auftun könnte“. Auch er forderte Asyl, das den Weg für Verhandlungen freimachen könnte, denen sich schließlich auch die Türkei nicht mehr entziehen könnte.

Bertinotti schlug vor, daß Öcalan auf einer Konferenz – offen für die italienische und die internationale Presse – seine Vorstellungen vortragen können soll.

#### Stellungnahmen aus dem Ausland

Danielle Mitterand, die am 16. Dezember zu Kontakten mit dem italienischen Parlament nach Rom kommt, hat zu einem internationalen Gericht angemerkt: „Wenn man Öcalan vor Gericht stellt, muß man auch diejenigen vor Gericht stellen, die mit der Folter gegen das kurdische Volk kämpfen und die Menschenrechte nicht beachten“. Die Ankunft Öcalans in Italien schaffe die einmalige Gelegenheit für eine politische Lösung des kurdischen Problems, wenn auch die Drohungen und die Erpressung gegenüber Italien berücksichtigt werden müßten.

Der libysche Revolutionsführer Gaddafi erklärte in einem Interview mit der Zeitung *il manifesto* auf die Frage: Wie beurteilen Sie den Fall Öcalan und die politische Position Italiens?: „Ich halte die derzeitige Linie der italienischen Regierung (Interview am 25.11.) für richtig, sehr richtig. Aber ich will eine Vorbemerkung machen: Wir haben keinerlei Beziehung zur PKK und ich kenne Öcalan nicht. Das erste Mal, daß ich sein Gesicht gesehen habe, war im Fernsehen. Das vorausgeschickt, will ich meine grundsätzliche Position ausdrücken: Die Sache des kurdischen Volkes ist gerecht. Die Kurden haben das Recht, frei und vereint zu sein, während sie heute auf ihren Gebieten unterdrückt und verfolgt sind. Der Kampf der Kurden ist heilig. Ich wiederhole, daß ich mit der Organisation und den Aktionen der PKK nichts zu tun hatte und zu tun habe, aber wenn es Gewalt gegeben hat, dann weil die Kurden zur Gewalt gezwungen waren. Und die Verantwortung für diese Gewalt fällt auf die Herrscher, die USA, die Türkei, die NATO. Die Ungerechtigkeit ist offenkundig. Amerika schreibt zweierlei Gewicht und Maß vor: Die Kosovo-Armee ist legitim, während die Kurden für Terrorismus verurteilt werden“.

rok  
(alle Informationen aus *il manifesto*)

#### Venezuela

## Chavez ist der neue Präsident

Venezuela hat gewählt. Der neue Präsident heißt Hugo Chavez Frias, der zu internationaler Bekanntheit aufstieg als der Fallschirmspringerobers, der vor Jahren einen Putschversuch anführte.

Am sechsten Dezember 1998, 18.30h Ortszeit gab das zentrale Wahlkomitee CNE (Consejo Nacional Eleccional), nach Auszählung der meisten Stimmen das erste Ergebnis bekannt. Chavez erreicht danach zwischen 55% und 65% in den einzelnen Bundesstaaten, Salas Römer durchschnittlich 35% und alle anderen bleiben unter 5%. Das offizielle Endergebnis kann noch Tage dauern, aber am Resultat wird sich nichts mehr ändern. Wofür sich die Venezolaner am Ende wirklich entschieden haben, kann keiner vorhersagen. Es ging zuletzt fast nur noch um Köpfe und Hoffnungen, nicht um Inhalte, nachdem die traditionellen Parteien AD und Copei kurz vor der Wahl ihre Spitzenkandidaten fallen ließen und zur Unterstützung von Salas Römer aufriefen, dem aussichtsreichsten Kandidaten nach Chavez. Das hat unter Umständen Salas Römer mehr geschadet als es noch zeitlich ausreichen konnte, einen Polo Democratico (Demokratischen Pol) gegen das Chavez-Wahlbündnis (Polo Patriotico) aufzubauen. Und keiner kann sagen, worin das Programm des neuen Präsidenten besteht, außer per Volksent-

scheid, ohne fehlende Kongressmehrheit zu regieren.

Das Phänomen Chavez hat seine Ursachen. Die Mehrheit der Venezolaner leben unter der Armutsgrenze (80%) und seit Jahren stolpert das Land von einer ökonomischen Krise in die nächste. Die Führungen von traditionellen Parteien, Staat und Kapital sind unfähig und korrupt. Das sollte schon mit dem (inzwischen sehr) alten und Noch-Präsidenten Caldera alles anders werden. Auch die letzte Wahl war Protest gegen das alte politische System der Zwei-Parteiherrschaft von AD und Copei. Und auch er wurde ursprünglich getragen von einem breiten Parteienbündnis, inklusive fast aller linken Parteien, die nun auch Chavez unterstützt haben. Der Präsident hat eine einmalige Amtszeit von fünf Jahren,



Hugo Chavez

sehr wenig, um ein Land so umzukrempeln, wie es Venezuela notwendig hätte. Aber gut möglich, das läßt sich auch per Volksvotum umgehen. Die Bevölkerung des Landes, das dabei ist, vor die Hunde zu gehen, gibt wenig auf diese Art von Demokratie. Und das Wahlergebnis hat's gezeigt. Gut möglich, dass auch Chavez schon bald an die Grenzen seiner Beliebtheit stößt, das heißt, wenn sich nicht schnell spürbare Verbesserungen einstellen. Alle seine ursprünglich halbwegs revolutionären Ansichten und Forderungen hat er im Verlauf seines politischen Lebens und des einjährigen Wahlkampfes beständig abgebaut. Der letzte TV-Werbespot zeigte Familie Chavez unter dem Weihnachtsbaum, in einer wenig typisch venezolanischen Wohnkulisse, dabei wurde Baby-Chavez abwechselnd von den Alten mit Brei gefüttert. Politische Aussage: Null! Es ist zu befürchten, dass sich gar nicht so schrecklich viel ändern wird unter Commandante Chavez, wie seine Gegner befürchten, und seine Anhängerschaft ist längst in alten Kreisen, auch bei denen, denen es eigentlich an den Kragen gehen sollte.

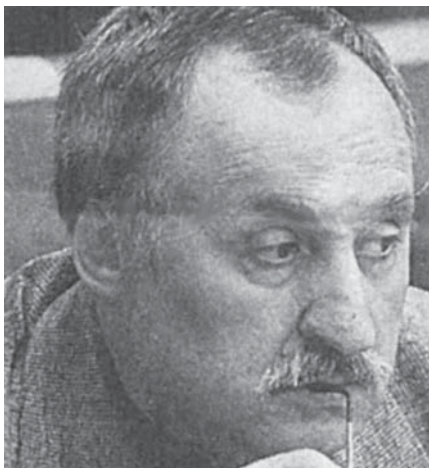
(gal - caracas/la guaira, 6.12.98)

## Erklärung der KP Rußlands

Mit einer Erklärung (siehe unten) hat das ZK der russischen KP nun auf die Vorwürfe reagiert, in ihren Reihen wird antisemitische Propaganda hofiert.

Hintergrund für diese Erklärung sind die eindeutig rassistischen und antisemitischen Äußerungen des Abgeordneten der russischen Duma, Albert Makaschow (Bild). Dieser wird dem nationalistischen Lager zugeordnet und ist Mitglied eines links-nationalistischen Parteienbündnisses, in dem auch die KP Rußlands vertreten ist. In einem Gespräch mit der rechtsradikalen Zeitung „Sawtra“ bezeichnete er die Juden als „Blutsauger“. Die Angriffe des Abgeordneten Makaschow auf die Juden sind aber nichts neues. In unzähligen öffentlichen Auftritten macht er sie für die wirtschaftliche Misere in Rußland verantwortlich und fordert ihre Inhaftierung. Dies schon skandalös genug, setzte die Fraktion der KP in der Duma noch eins drauf und weigerte sich, einem halbherzigen Antrag der bürgerlichen Fraktion, die den Abgeordneten Makaschow rügte, zuzustimmen. Erst als die Sache internationale

Kreise zog, wurde versucht, eine Politik der Schadensbegrenzung zu vollziehen. KP Chef Sjuganow traf den israelischen Botschafter in Moskau und bezeichnete dabei Makaschows Äußerungen als „unangemessen und inkorrekt“. Die von wenigen Monopolisten aus dem rechten Lager beherrschte Presse versuchte die Situation zu nutzen und fordert ein Verbot der KP. Mit der nun erfolgten Erklärung des ZK wird, ohne dass Makaschow erwähnt wird, doch eine Kritik an seinen Äußerungen durchgeführt. Ursache an der Krise Rußlands sind nicht die Juden, sondern die von IWF, Weltbank geförderten Kapitalgruppen und deren politi-



schen Helfer. Auch die Presse wird nicht insgesamt drangsaliert, wie es in den unsrigen Medien der KP unterstellt wurde, sondern eine „besonders ausgebildete Gruppe von Massenmedien“. Damit sind v.a. die Blätter und Fernsehstationen des Medienzaren Beresowski gemeint.

Zu Recht bezieht sich die Erklärung auf die antifaschistische und internationalistische Tradition der russischen Kommunisten. Aber auch in der Geschichte der russischen KP gab es eine antisemitische Politik, wie es jetzt in dem Buch von Arno Lustiger\* untersucht und dargestellt wird. Hier hat die KP noch einiges aufzuarbeiten. Es ist wohl auch wahr, dass der Abgeordnete Makaschow kein Mitglied der KP Rußlands ist, aber er ist Mitglied des Parteienbündnisses, in dem die KP Rußlands die stärkste Kraft stellt. Das Argument der KP zieht insofern daher nicht, wenn sie sagt, sie hätte keinen Einfluß auf das Verhalten des Abgeordneten Makaschow. Durch ihre Position innerhalb des Bündnisses ist sie durchaus in der Lage, eine Mehrheit für den Ausschluß des Abgeordneten zu bilden. Man kann nur hoffen, dass die Erklärung der KP auch zur richtigen Politik führt. (hav)

\*Lustiger, Arno: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden (Aufbau-Sachbuch) Aufbau-Verlag, 1998

...Die konsequente, auf die Verteidigung der Grundlagen des russischen Staates, seiner nationalen Interessen sowie auf die geistigen und moralischen Werte aller Völker Rußlands gerichtete Politik hat zu einer neuen Kräftekonstellation geführt. Die Bildung der neuen russischen Regierung unter Leitung von Jewgeni Primakow und ihre ersten Schritte zu einer Stabilisierung der sozialökonomischen Strukturen lassen hoffen, daß sich zum ersten Mal nach sieben Jahren im Lande die Möglichkeit abzeichnet, die Situation zum Besseren hin verändern zu können. Das unterstützen alle Kräfte, denen unsere Heimat teuer ist; die Gegner und Widersacher Rußlands wollen all das jedoch verhindern. Heute treten die „Reformer“ und ihr politisches Regime in das abschließende Stadium, das bringt sie zur Verzweiflung. Das zeigt sich anschaulich in der zutage getretenen öffentlichen Hysterie derjenigen, die das Land ins Elend gestürzt haben - der Gaidars, Tschubais' und Beresowskis. Die jüngsten Aufrufe zum Verbot der KPRF, die angeblich eine Gefahr für die Ganzheit Rußlands schaffe, sind nichts anderes als der Versuch, die kriminellen, gegen das Volk gerichteten Reformen fortzusetzen. Die „Reformer“ haben Bankrott gemacht und gehen nun, um dem Land nicht die Möglichkeit zu geben, aus der ökonomischen Erdrosselung auszubrechen, zum Gegenangriff über. Sie lenken die Aufmerksamkeit der russischen und der Weltöffentlichkeit auf Pro-

bleme, die nur in ihrer eigenen Vorstellungswelt existieren. Eine Vorreiterrolle in dieser schmutzigen Arbeit obliegt einer besonders ausgebildeten Gruppe der Massenmedien, die sich in den Diensten der äußeren und inneren Kräfte befindet, die unser Land zerstören wollen. Bössartige Verleumdungen unserer

**DOKUMENT: Mit einer Erklärung hat das ZK der KP der Russischen Föderation auf den Vorwurf reagiert, es gebe in ihren Reihen Antisemitismus. Sie hat folgenden Wortlaut:**

### „Zur sogenannten Judenfrage ...

Partei, das Bestreben, die Rußland besiedelnden Völker in Konfrontation zueinander zu bringen und diejenigen des Faschismus zu bezichtigen, die mit dem Preis ihres Lebens die Welt von der braunen Pest befreit haben, das ist das Potential der politischen Abenteurer, die nationale Zwietracht provozieren. Heute versuchen die Widersacher Rußlands beharrlich, uns die sogenannte Judenfrage aufzuzwingen. Dabei setzen sie ein Dutzend offensichtlicher Zionisten mit Hunderttausenden ehrlichen Menschen jüdischer Nationalität, die in Rußland leben, viele von ihnen arbeiten in den Reihen der KPRF mit, gleich. Nicht die Kommunisten, sondern diese Diener des kriminellen Kapitals sind objektiv die Hauptorganisationen und Anheizer der neuen Welle des Antisemitismus in Rußland. Sie entfachen den Antisemitismus auf jede Art und Weise. Sie treiben mit Lügen und allen möglichen Desinformationen verzweifelte Menschen in nationale

Fehden. Mit beispielloser Unverfrorenheit versuchen sie, die Verantwortung für ihre Taten der KP Rußlands anzulasten. Das Zentralkomitee der KPRF erklärt, daß die Kommunisten eine Realisierung solcher verbrecherischen Absichten nicht zulassen werden. Die nationale Politik unserer Partei ist

klar und eindeutig in ihrem Programm bestimmt und in der „Position der KPRF zur nationalen Frage“ dargelegt. Alle Parteiorganisationen, jeder einzelne Kommunist ist verpflichtet, sich davon leiten zu lassen. Die Partei tritt immer für die Freundschaft und Brüderlichkeit der Völker, ihre gleichberechtigte Vertretung in den Machtorganen, die Entwicklung ihrer nationalen Kultur und Sprache, der Achtung ihres Glaubens, ihres geistigen und kulturellen Erbes ein. Die KPRF ist eine Partei des Volkes. Multinational in ihrer Zusammensetzung und international in ihrer Ideologie ist sie der Kern der volkspatriotischen Kräfte. Wir lassen es nicht zu, unser Land weiter auf den Weg des Zerfalls, der wirtschaftlichen Zerstörung und der zwischennationalen Konflikte zu führen, wir lassen nicht länger zu, daß die bankrotten Politiker ihre Macht über Rußland aufrecht erhalten.

Zentralkomitee der KPRF



**NOCH IMMER KEIN REFERENDUM UM WESTSAHARA:** UNO-Generalsekretär Annan besuchte in der letzten Woche ein Flüchtlingslager der Bevölkerung von Westsahara in Algerien. Zusammen mit dem Generalsekretär der Frente Polisario, Mohammed Abdel Aziz, will der UNO Generalsekretär die Möglichkeit der Umsetzung des Referendums über den Status der Westsahara besprechen. Seit Jahren verhindert Marokko, das die Kontrolle über den Landstrich hält, das von der UNO beschlossene Referendum. Bisher sind die Gespräche ohne Ergebnis geblieben.

## Italien: Kommunisten behaupten sich gespalten bei Kommunalwahlen

Am vergangenen Wochenende war in vier Provinzen und 58 Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohnern Wahltag.

Die gegenwärtige Mitte-Links Regierung hat sich im Großen und Ganzen behauptet.

Überrascht hat dagegen das Abscheiden der Kommunisten nach der Spaltung vor ein paar Wochen. Bei den vorangegangenen Provinzwahlen erhielt Rifondazione Comunista, unter ihrem Sekretär Fausto Bertinotti, 8,2 Prozent der Stimmen.

Nun nach der Spaltung kam RC auf 6,6 Prozent; die Abspalter der italienischen Kommunisten (PdCI) um Armando Cossutta erreichten 2,6 Prozent. Damit ist die Zustimmung zu den Kommunisten insgesamt sogar auf 9,2 Prozent angestiegen.

Marco Rizzo, Koordinator der PdCI, sprach von einem optimalen Ergebnis. „Wir haben Rifondazione in drei Kommunen überholt. Ein Zeichen, daß wir richtig liegen.“

Fausto Bertinotti sieht das natürlich anders. „Uns räumt niemand mehr aus dem Weg ... Jetzt ist klar, wer zwischen uns und Cossutta Anrecht auf eine parlamentarische Vertretung hätte,“ war sein Kommentar zum Wahlausgang.

## USA: Demonstration gegen Folterschule

Mit einer der größten antimilitaristi-

schen Demonstrationen seit Jahren machte jetzt die us-amerikanische Friedensbewegung auf die berühmte „School of the Americas“ im Bundesstaat Georgia aufmerksam.

Die Militärschule in Fort Benning wird von der US-Armee betrieben und ist eine Ausbildungsstätte für Offiziere, Kadetten und Soldaten aus 22 lateinamerikanischen Ländern.

Sie wurde 1984 von Ronald Reagan aus Panama in die USA verlegt. Bisher wurde 60.000 Militärangehörige in der Schule, die auch als „School of the Assassins“, Schule der Mörder bekannt ist, ausgebildet.

Schulungsinhalte sind unter anderem Nahkampf, Counterinsurgency-Methoden, psychologische Kriegführung und Spionageaktionen.

Nach Ende der Ausbildung werden sie dann nach Zentral- und Südamerika geschickt.

Aus der US-Kaderschmiede für Folterknechte sind einige bekannte Schlächter hervorgegangen. Der ehemalige Präsident von Panama, Noriega, Argentinien Diktator Leopoldo Galtieri, Raul Cedras aus Haiti, der Organisator der Todesschwadronen in El Salvador, Roberto D'Aubuisson. Des weiteren zwei der Mörder von Erzbischof Romero in El Salvador und ebenso die Killer der sechs jesuitischen Priester, die 1989 in El Salvador ermordet wurden.

Nicht zu vergessen auch zehn der 30 chilenischen Offiziere, gegen die die spanische Justiz zur Zeit wegen Völkermord ermittelt.

Dass die amerikanische Außenministerin nun die „falsche“ US-Außenpolitik in Südamerika bedauert, rührt sicher auch zu großem Teil daher, das immer mehr Menschen in den USA gegen die Verbrechen der US-Regierung revoltieren.

## USA: Autofirmen kooperierten mit den Nazis

Historiker und Anwälte haben laut der Zeitung „Washington Post“ Belege für eine Zusammenarbeit von Autoherstellern aus den USA mit der Nazi-Regierung gefunden.

Das Blatt beruft sich auf Michael Hausfeld, der in einer Sammelklage gegen Ford einen ehemaligen russischen Zwangsarbeiter vertritt.

Bei Recherchen seien Anzeichen für heimliche Kontakte zwischen USA-Konzernen und deutschen Tochterfirmen gefunden worden.

Dem Blatt zufolge wurde der deutschen Ford-Tochter in einem Bericht der US-Armee vom 5. September 1945 vorgeworfen, die Faschisten mit Billigung der Mutterfirma im Bereich Militärfahrzeuge beliefert zu haben. Die Zentrale habe einem kompliziertem Tauschgeschäft zugestimmt, durch das Nazi-Deutschland besseren Zugang zu großen Mengen strategisch wichtiger Materialien wie Gummi erhalten hatte.

Ähnliche Vorwürfe würden auch gegen General Motors erhoben.

## „Franco-afrikanisches Treffen“ in Paris: contra Einwanderung

Waffenstillstand im Kongo? Diese Meldung wurde verbreitet und als Erfolg gefeiert. Leider ist alles andere unklar, insbesondere auch die angeblich verkündete Zusage von Kabila, eine demokratische Änderung in seinem Land zuzulassen.

Eher mag hierbei wichtig sein, daß dieses Treffen erneut in Paris stattfand, die ehemaligen Kolonialherren also nach wie vor zur „Audienz“ bitten.

Am Rande des franco-afrikanischen Treffens in Paris am letzten Wochenende wurde von der französischen Regierung eher über die Begrenzung der Zuwanderung gesprochen.

Hier sollen die afrikanischen Länder mithelfen. Ein „Konkordat“ soll her, um die Auswanderung aus afrikanischen Ländern zu unterbinden, zugleich die „Extremisten neutralisieren“, womit in diesem Fall die rechtsnationalistischen Strömungen in Frankreich gemeint sein könnten, die in Wahlen davon profitieren.

Jospin von der französischen Regierung will im Gegenzug die Aufbauhilfe in afrikanischen Ländern stärken, damit könne Frankreich dann seinen Platz als Hüterin der Menschenrechte wieder einnehmen.

mc

(Zusammenstellung: hav)

Hamburg. Solidaritätsgruppen in verschiedenen Städten haben sich darauf geeinigt, zwischen dem 5. und 12.2. bundesweite Aktionstage gegen die drohende Hinrichtung des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal durchzuführen (Bild: Nach einem Protestlauf rund um die Alster zogen knapp 100 Menschen vor das US-Konsulat in Hamburg, um die Freilassung Abu-Jamals zu fordern). Am 29. Oktober hatte das Oberste Gericht von Pennsylvania den Berufungsantrag zur Wiederaufnahme seines Verfahrens abgelehnt. Seit Jahren hatten die Anwälte neue Fakten für den Wiederaufnahmeantrag zusammengetragen, die zweifelsfrei die unzähligen Manipulationen im Verfahren nachweisen, in dem Mumia Abu-Jamal vor fast 18 Jahren wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt wurde. All diese Fakten wurden vom Gericht kalt ignoriert. Jetzt besteht die akute Gefahr, daß der wiedergewählte Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, einen neuen Hinrichtungsbefehl unterzeichnet und einen Hinrichtungstermin festsetzt. (Ausführlicher: Angehörigen Info Nr. 214, GNN-Verlag Hamburg)



## Widerstand gegen bundesweiten Nazimarsch nach Hannover

HANNOVER. Durch den Einsatz mehrerer Hundertschaften sorgte die Polizei am 28.11. dafür, daß etwa 80 rechtsextreme Demonstranten – aufgerufen hatte die Gruppe „Freie Nationalisten“ – mit einem Marsch durch die City von Hannover und einer Kundgebung am Georgsplatz gegen die Wehrmachtsausstellung protestieren konnten, die zur Zeit in Hannover gezeigt wird. Etwa 100 Gegendemonstranten versuchten die Veranstaltung zu stören. „Die Polizei mußte energisch eingreifen“, berichtet die Hannoverische Zeitung. „Wiederholt kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Beamten und den Gegnern der Rechtsextremen. 50 Frauen und Männer wurden vorläufig in Gewahrsam genommen, die Polizei hat in zehn Fällen Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet. ... die Polizisten (mußten sich) Kritik nicht nur von den Gegendemonstranten, sondern auch von schockierten Passanten gefallen lassen. ‚Auf der einen Seite greift ihr ein, und die Nazis dort dürfen machen, was sie wollen‘, brüllte ein erzürnter Mann den Beamten zu. Polizeisprecher Elsner erklärte dazu: ‚Wir sind verpflichtet, eine genehmigte Demonstration zu schützen.‘“ Soweit der Bericht der Zeitung.

Für den 19. Dezember hat nun die NPD eine Demonstration unter dem Motto „Schützt unsere Väter – Stoppt die Veräter“ mit 1500 Teilnehmern angemeldet. Gerd Bornemann von der Landesvereinigung Niedersachsen der VVN-BdA hat Gegenproteste angekündigt: „Da wir davon ausgehen können, daß auch diese Demonstration nicht von den Genehmigungsbehörden untersagt werden wird, meldet die VVN-BdA eine Protestveranstaltung gegen diesen neonazistischen Aufmarsch an.“

Informationen können ab 7.12. unter Tel. 0511/ 3482125 abgerufen werden.

u.b.

## Barnimer Landrat nahm Aufruf zur Denunziation zurück

BARNIM. Anfang Oktober trat die Kreisverwaltung Barnim mit der Mitteilung an die Öffentlichkeit, daß zur Aufdeckung von „Sozialhilfemißbrauch“ ein „Bürgertelefon“ eingerichtet worden sei, „für Anregungen und Hinweise aus der Bevölkerung“, um „falsche Angaben und Erklärungen von Personen aufzudecken, die mit der Absicht abgegeben werden, ungerechtfertigt Sozialhilfe zu erhalten“.

Gegen diesen Aufruf zur Denunziation erhob sich ein Ansturm der Empörung. Arbeitsloseninitiativen, Kirchen, PDS, Bündnis 90/Grüne, Jusos und viele einzelne Bürgerinnen und Bürger erhoben in der lokalen Presse scharfen Protest. Im Kreistag forderten PDS und Bündnis 90/Die Grünen die Abschaltung des „Bürgertelefons“ – und wurden von der SPD/CDU-Mehrheit abgeschmettert. Dennoch waren die Proteste erfolgreich. Am 2.12.1998 teilte die Kreisverwaltung mit, daß der Landrat angeordnet habe, „daß ab sofort grundsätzlich keine Prüfungen auf Grundlage anonym eingehender Hinweise und Anregungen zu Sozialhilfemißbrauch erfolgen“. Die Erfahrungen der ersten Wochen hätten gezeigt, daß anonyme Hinweise und Anregungen ungeeignet seien, eine angemessene Prüfung durchzuführen.

Gerd Markmann, „Barnimer Bürgerpost“

## ZDWF weiterfinanzieren

BONN. Gegen die drohende Schließung der Zentralen Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge (ZDWF) protestiert Carsten Hübner, Sprecher für internationale Solidarität und Menschenrechte der PDS-Bundestagsfraktion: „Obwohl die rot-grüne Bundesregierung einen anderen Umgang mit der Frage Migration und Asyl angekündigt hat, besteht einer der ersten Schritte des Familienministeriums darin,

seinen Jahreszuschuß an die ZDWF von 500.000 DM zu streichen. Damit wird einer Einrichtung die Existenzgrundlage entzogen, die eine unverzichtbare Beratungsfunktion besonders für Anwältinnen und Anwälte, Richterinnen und Richter in Asylverfahren innehat. Nach der kontinuierlichen Verschärfung des Asylrechts und der rechtlichen Grundlagen des Aufenthalts und der Versorgung gefährdet diese Sparmaßnahme nun auch noch die juristische Durchsetzung der noch verbliebenen Rechte. Wir fordern die zuständige Bundesministerin Christine Bergmann deshalb auf, die bisherige Förderung beizubehalten und damit nicht nur diese leistungsstarke Beratungsstelle zu erhalten, sondern ein öffentliches Zeichen zu geben, daß die qualifizierte Vertretung von Flüchtlingen in juristischen Verfahren von der neuen Bundesregierung als hohes Gut bewertet wird.“

## MLPD Kandidatin wegen Unterschriftensammlung vor Gericht

MÜNCHEN. Am 17.12.98 steht Andrea Dumberger, Direktkandidatin der MLPD-Offene Liste für die Bundestagswahl 1998 vor Gericht. Tatbestand: Frau Dumberger habe als Leiterin einer nicht-angemeldeten Versammlung am 27.4.98. in der Claudius-Keller Str. fungiert. Dafür drohen 20 Tagessätze á 30.-DM, ersatzweise 20 Tage Haft. Diese angebliche Versammlung bestand darin, daß 3 Mitglieder der Wählerinitiative Unterschriften für die Wahlzulassung sammelten. Schon diese notwendige Sammlung von Unterschriften ist eine undemokratische Wahlbehinderung. Nach dem Polizeieinsatz sammelten Andrea und Mitglieder der Wählerinitiative u.a. am „Tatort“ über 100 Unterschriften von Kollegen, die dagegen protestierten. Ein Kollege von Siemens meinte: „Wenn mal die Polizei nicht von den Siemens-Chefs selber geholt worden ist!!“

aus einem Flugblatt der MLPD

# In Agendaprozessen Profil zeigen?

**HEIDELBERG.** Spannend und diskussionsreich verlief die Weltladenkonferenz in Heidelberg Mitte Oktober, zu welcher der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) eingeladen hatte. Das Thema „Agenda 21“ unter dem Motto „Global denken, lokal handeln?“ verdeutlichte Möglichkeiten und Chancen, aber auch Schwierigkeiten für Weltläden und Solidaritätsgruppen, in Agendaprozessen Profil zu zeigen.

Vom fernen Bodensee als auch vom nahegelegenen Mannheim, aus fast allen Regionen Baden-Württembergs kamen die Gäste zur DEAB-Herbstkonferenz nach Heidelberg. Fast 40 TeilnehmerInnen aus über 30 Gruppen diskutierten Möglichkeiten und Chancen von Weltläden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, sich in kommunale Agendaprozesse einzubringen und dort den entwicklungspolitischen Aspekt zu schärfen.

Angeregt durch die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen der „Agenda 21“ versuchen inzwischen viele Kommunen, ein lokales Stadtentwicklungskonzept nach ökologischen und sozialen Kriterien unter Beteiligung ihrer BürgerInnen, zu entwerfen. So sind auch Weltläden und Solidaritätsgruppen aufgerufen, ihr entwicklungspolitisches Profil einzubringen und deutlich zu machen, daß es ohne Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation im Süden auch keinen umweltgerechten nachhaltigen Wandel im Norden geben kann.

Stand am ersten Abend der Erfahrungsaustausch der Gruppen mit Agendaprozessen in ihrer Stadt im Vordergrund, so wurden am folgenden Tag unterschiedliche Positionen und Herangehensweisen der anwesenden TeilnehmerInnen deutlich. Dr. Angelika Köster-Lossack (MdB, Bündnis90/Die Grünen) aus Heidelberg vertrat die Ansicht, daß die „Lokale Agenda“ nicht nur eine große Chance für entwicklungspolitische Gruppen darstelle, sondern es auch keine Alternativen dazu gäbe. Das Thema „Globale bzw. strukturelle Gerechtigkeit“ könne in größere Zusammenhänge gestellt werden, worin die Verknüpfung ökologischer mit sozialen Fragen deutlich werde. Die Solidaritäts- und Bewußtseinsarbeit der EineWelt-Bewegung könne so eine breitere Bevölkerungsschicht erreichen, da diese zunehmend für Agendaprozesse Interesse zeige. Sie empfiehlt daher den EineWelt-Gruppen, sich zu öffnen, bestehende Berührungspunkte mit Wirtschaft und Verwaltung abzubauen und in einen Dia-

log zu treten. Das Ausbrechen aus der Szeneorientierung und das Aufbauen von Bündnispartnern solle in Zukunft handlungsleitend für Eine-Welt-Gruppen werden, und



dazu wäre ein Forum, wie es die „Lokale Agenda“ bietet, sinnvoll zu nutzen.

Demgegenüber vertrat Christian Stock, Journalist von iz3w in Freiburg, einen kritischen Umgang mit lokaler Agenda, da sie viel zu unverbindlich sei und durch eine starke Konsensausrichtung nur das erreicht werden könne, was niemanden weh tut. Folglich bleibe sie wirkungslos und wäre höchstens als Gewissensberuhigung anzusehen. Zudem verrete der offizielle Agendabericht, wie er von der Bundesregierung unterzeichnet wurde, nicht akzeptable Optionen auf Nutzung neuer biotechnischer Verfahren und Ausweitung der Kernenergie.

Christoph Albuschkat aus Mainz ver-

neinte hingegen die Wirkungslosigkeit der Lokalen Agenda, da die Schwachpunkte und Unverbindlichkeiten auch die Möglichkeit zulasse, gerade im lokalen Bereich ökologische und soziale Kriterien zu modifizieren und verbindliche Forderungen aufzustellen, denen sich dann die beteiligten Verwaltungen nicht entziehen könnten. Da die Agendaprozesse nun sowieso anlaufen, stelle sich nur die Frage, ob mit oder ohne entwicklungspolitische Gruppen. Daher solle die Zugangsmöglichkeit zu einer größeren Öffentlichkeit genutzt werden und das Drängen auf Berücksichtigung entwicklungspolitischer Forderungen auch tatsächliche strukturelle Verbesserungen für die beteiligten Menschen im Süden bringen.

Das Streitgespräch zwischen Christian Stock und Christoph Albuschkat war sicherlich Höhepunkt der Veranstaltung, da hier sowohl die Vor- und Nachteile bzw. die Chancen und Gefahren, die die Agenda für Eine-Welt-Gruppen bieten, auf den Punkt gebracht wurden. Jede Gruppe und jeder Laden wird vor Ort entscheiden müssen, ob und in welcher Form eine Teilnahme an Agendaprozessen geschehen kann. Als Fazit kann festgestellt werden, daß Weltläden selbstbewußt auftreten können und sich nicht vereinnahmen lassen sollten für Alibi-Aktionen.

Ob innerhalb oder außerhalb von Agendaprozessen, die Eine-Welt-Bewegung verwirklicht schon lange, was die „Agenda 21“ zaghaft umzusetzen versucht. Die Aufklärungsarbeit über Zusammenhänge von Armut und Reichtum auf dieser Welt und der daraus entstandene „Faire Handel“, der armen und benachteiligten Menschen im Süden eine soziale und wirtschaftliche Perspektive bietet, sind ein elementarer Beitrag für eine gerechtere und nachhaltig wirtschaftende Welt. Die Produkte des fairen Handels verbinden soziale und ökologische Aspekte und vermitteln den VerbraucherInnen einen kritischen und bewußten Umgang mit Lebensmitteln und deren Herstellungsbedingungen.

Der DEAB besteht seit 1975 und vernetzt inzwischen 62 Weltläden und Gruppen. Vier neue Mitglieder wurden auf der Konferenz aufgenommen: Die Weltläden aus Bad Boll (Ev. Akademie), Bad Waldsee, Filderstadt und Nürtingen. Die nächste DEAB-Konferenz wird im Frühjahr 1999 zum Thema „Schuldenerlaßkampagne“ stattfinden.

Matthias Weiss, DEAB (Stuttgart), aus „Contraste“ Nr. 170 (Contraste e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel. 06221/162467

## Waldkirch 2020 – Die Verwaltung des Mangels im Bürgerkonsens

**WALDKIRCH.** Sechs Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro nimmt nun auch Waldkirch Anlauf zu einer Initiative der Kommune zur Unterstützung der Agenda 21.

Das ursprünglich von der Gemeinderatsfraktion der DOL (Die Offene Liste) geforderte Engagement wurde inzwischen vom Bürgermeister Leibinger aufgegriffen und in Form des Leitbildes Waldkirch 2020 gegossen.

Begonnen wurde mit einer Umfrage über das „Leben in Waldkirch“, deren Ergebnisse jetzt öffentlich vorgestellt wurden. Das Leitbild soll darauf basierend bis Mai 99 von Bürgergruppen erarbeitet werden.

## Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe sollen privatisiert werden

KÖLN. Die Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) sind seit einiger Zeit eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit externem Management, das sie in eine private Organisationsform überleiten soll. Damit es dahin auch kommt, zeigen die AWB zunächst, daß ihre bisherige Betriebsform im öffentlichen Bewußtsein als untauglich erscheint, eine ökologisch orientierte Abfallentsorgung sicherzustellen. So werden die AWB in letzter Zeit vor allem von den Grünen kritisiert, weil sie das Depotcontainersystem für „Grüner Punkt“-Verpackungen bestehen lassen wollen.

Jetzt gibt es das Interesse der Stadt, die AWB in eine GmbH umzuwandeln. Die Firma Trienekens möchte oder soll sich daran beteiligen. Viele werden sagen, daß diese Idee nicht so schlecht sei, damit in die AWB endlich ein neuer Wind kommt. Diese Haltung ist ein schwerwiegender Irrtum.

Denn seit kurzem gibt es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), aus dem man ableiten kann, daß solche geplanten Privatisierungen wie bei den AWB schwerwiegende Konsequenzen für die betroffenen Beschäftigten und die Gebührenzahler nach sich ziehen werden. Bei der strittigen Fall ging es darum, daß zwei niederländische Gemeinden (Arnhem und Rheden) die Abfallentsorgung ohne öffentliche Ausschreibung einer von den Gemeinden gegründeten Abfallgesellschaft übertragen haben. Dagegen klagte ein privates Unternehmen unter Verweis auf die EU-Dienstleistungsrichtlinie 92/50/EWG. Die Gemeinden haben den Prozeß vor dem EuGH gewonnen. In diesem Urteil hat der EuGH diese Dienstleistungsrichtlinie präzisiert. Die Richtlinie sieht vor, daß öffentliche Dienstleistungen wie z.B. die Abfallentsorgung ab einem bestimmten Wert öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Der EuGH stellt nun fest, daß diese Verpflichtung zur öffentlichen Ausschreibung dann nicht besteht, wenn der Auftrag an ein öffentliches Unternehmen vergeben wird, das selber als öffentlicher Auftraggeber auftritt. Daher mußten die beiden niederländischen Gemeinden die Abfallentsorgung nicht öffentlich ausschreiben.

Eine ähnliche Situation besteht sicherlich auch bei der AWB. Würde diese aber zu gewissen Teilen z.B. an Trienekens verkauft, so dürfte zweifelhaft sein, ob diese Rechtsansicht auf dieses Unternehmen noch anwendbar ist. Falls nicht würde dies bedeuten, daß die Stadt nach der erfolgten Privatisierung über kurz oder lang der Forderung gegenüber stehen würde, die Abfallentsorgung öffent-

lich auszuschreiben. Damit die teilprivatisierten AWB dann den Auftrag wieder erhalten müßten sie voraussichtlich eine Tochtergesellschaft ohne Tarifbindung gründen. Das könnte bei vielen heute bei den AWB beschäftigten Personen zur Arbeitslosigkeit führen. b.

### Südschleswigschen Wählerverband (SSW)

## SSW setzt sich für die Kurden ein

RENSBURG. Ein Leser der Politischen Berichte machte uns auf einen Beschluß des Kreistages Rendsburg-Eckernförde aufmerksam. Auf Antrag des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) beschloß der Kreistag am 16. November mit 23:20 Stimmen einen Gruppenstatus für Kurdische Flüchtlinge und forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung einzusetzen. Da man diesen Beschluß auch anderenorts einsetzen kann, dokumentieren wir:

### Beschluß

Der Kreistag Rendsburg Eckernförde fordert die Landesregierung auf, sich bei den entsprechenden Gremien auf Bundesebene dafür einzusetzen, die im Kreis lebenden kurdischen Flüchtlinge vor der Abschiebung zu schützen u.a. indem sie sich dafür einsetzen, daß den Kurdischen Flüchtlingen der Status als „Gruppenverfolgte“ zuerkannt wird.

### Begründung:

Solange nicht sichergestellt ist, daß in der Türkei die Menschenrechte eingehalten werden, besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß abgeschobene Flüchtlinge Repressalien ausgesetzt sind oder sogar gefoltert werden. Da das asylerbliche Verfolgungsrisiko zu einem großen Teil an Gruppenzugehörigkeit gebunden ist (weil die Übergriffe sich immer auf eine gesamte ethnische, familiäre oder religiöse Gruppe beziehen) muß auch eine Anerkennung als Gruppenverfolgte erfolgen, weil eine isolierte Betrachtung der einzelnen Person der Verfolgungssituation in der Türkei nicht gerecht würde.

### Die Kreistagsfraktion des SSW begründete den Antrag u.a. wie folgt:

Wir haben unseren Antrag gestellt, weil wir meinen, daß der Kreistag sich dafür einsetzen sollte, daß die kurdischen Flüchtlinge im Kreis Rendsburg-Eckernförde von hier nicht abgeschoben werden, solange die Menschenrechte in der Türkei nicht sichergestellt sind. Seit 14 Jahren müssen Kurdinnen und Kurden in ihrer Heimat in einem Krieg leben, in dem schon mehr als 50 000 Menschen ihr Leben verloren. 3 700 Dörfer wurden verbrannt und vernichtet. Drei Millionen Kurdinnen und Kurden mußten aus ihrer

Heimat fliehen.

Wie wir auch immer wieder in den Zeitungen lesen, werden viele der in die Türkei abgeschobenen kurdischen Flüchtlinge direkt am Flughafen inhaftiert und identitätsüberprüft, verhört, Repressalien ausgesetzt oder gefoltert. Diese Tortur droht auch Flüchtlingen, die politisch nicht in Erscheinung getreten sind, sondern allein aus Gründen ethnischer bzw. religiöser Zugehörigkeit. So ist generell nicht auszuschließen, daß abgeschobene kurdische Flüchtlinge der Gefahr ausgesetzt sind, Folter, unmenschlicher Behandlung oder erniedrigender Strafe unterworfen zu werden, was ein Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt.

### Entschädigung

## Deutsch-griechisches Treffen bekräftigt Forderung der Opfer

DORTMUND. Tiefe Stille herrschte im gut gefüllten Saal des Kulturzentrums der Griechen, als Dr. Martin Seckendorf, Historiker zu Fragen der deutschen Besatzung im Mittelmeerraum seinen Bericht über die Massenverbrechen von Wehrmacht und SS in Griechenland gab. Einer der Befehlshaber war Generaloberst Kurt Student, der noch heute in der Bundeswehr als der Begründer der deutschen Fallschirmjägertruppe gefeiert wird. Student und alle anderen Mörder wurden im Nachkriegsdeutschland nie bestraft.

Seckendorfs Bericht auf der deutsch-griechischen antifaschistischen Solidaritätsveranstaltung am Samstag nachmittag in Dortmund war nur einer der ergreifenden Momente dieses Nachmittags. Gekommen war auch Ioannis Starnoulis, der Präfekt (Regierungspräsident) der griechischen Provinz Böötien mit der Gemeinde Distimo, die von den Nazis zerstört und nahezu ausgerottet wurde. Starnoulis vertritt die Hinterbliebenen vor deutschen und griechischen Gerichten. Starnoulis hofft jetzt auf ein höchstes griechisches Gerichtsurteil, das dann Gelder der EU für Deutschland zu einer pfändbaren Masse machen könnte und den Opfern und Hinterbliebenen zufließen sollte.

Für die griechischen Gastarbeiter aus dem Ruhrgebiet war besonders die Begegnung mit Manolis Glezos der Anlaß zur Teilnahme an dem von der VVN-Bund der Antifaschisten, dem Internationalen Rombergparkkomitee und den griechischen Gemeinden einberufenen Treffen. Glezos gab 1941 als Neunzehnjähriger das Signal zum antifaschistischen Volkswiderstand, als er unter Einsatz seines Lebens die Hakenkreuzfahne von der Akropolis in Athen herunterholte. Glezos ist Politiker, war Journalist und Zei-

tungsherausgeber. Die Militärjunta verschleppte ihn 1967 auf die KZ-Insel Yura. Er setzte sich als Parlamentsabgeordneter für die Entschädigung der Naziopfer ein. Man kann dies die Lebensaufgabe des kämpferischen 76jährigen nennen. Glezos' Rede ließ ahnen, wie sehr es die Griechen kränkt, daß die furchtbaren Opfer dieses Volkes während der Besatzungszeit weltweit fast unbeachtet sind. Unbeachtet – wären da nicht Menschen, wie die ebenfalls anwesende Ulla Jelpke, PDS-Bundestagsabgeordnete, die das Thema in den Bundestag brachte und nicht nur von der rechten Seite des Hauses mit Aufforderungen belegt wurde, nur ja „keine schlafenden Hunde zu wecken“.

Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA, hatte zu Beginn der Veranstaltung an das Schicksal der „vielen unschuldigen Naziopfer von Distimo, von Kalavrita auf den Peleponnes, Kondomari/Kreta, von Kandanos, Vianos, Chania, Komeno, Klissoura und vielen anderen Orten“ erinnert. Mit der deutsch-griechischen Solidaritätsveranstaltung wurde auch der Widerstandsbewegung beider Länder gedacht, so auch der Deutschen, die wie der Dortmunder Kommunist Willi Dehmel auf griechischem Boden kämpften und ermordet wurden. Mitglieder des mitveranstaltenden Internationalen Rombergparkkomitees aus Dortmund hatten die griechischen Gäste am Vormittag ins Widerstandsmuseum Steinwache und an den Tatort eines Massakers der Gestapo an deutschen und ausländischen Widerstandskämpfern vom Frühjahr 1945 geführt.

„Entschädigung der Naziopfer jetzt!“ war das Motto des Treffens, das sich einer Erklärung aus Delphie/Griechenland anschloß, in der die neue Bundesregierung dringend zum Handeln aufgefordert wurde, um mit der anti-griechischen Haltung der Adenauer-Erhard-Regierung endlich zu brechen: „Das Eingeständnis der Schuld schließt auch den aufrichtigen und ernsthaften Versuch ein, durch angemessene materielle Zahlungen einen kleinen Teil dieser Schuld abzutragen. 53 Jahre nach Kriegsende ist es dafür zwar spät, aber noch nicht zu spät.“

Zwei Kommunalpolitiker aus Kalavrita, Christos Antonopoulos und Dr. Vasillo Karkoullas, die als Kinder dem dortigen größten Massaker entronnen waren, sind spontan nach Dortmund gekommen. Sie griffen den Vorschlag von Manolis Glezos auf, Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und den griechischen Orten des Leidens herzustellen, um das Gedächtnis wach zu halten. Ulrich Sander regte an, daß griechische Gemeinschaften in Deutschland und VVN-BdA überall, wo sie wirken, gemeinsame Gedenkarbeit betreiben.

K. Harbart

## Aus der rechten Szene in Berlin

# „Cafe Germania“ mußte schließen

**BERLIN.** Der „wichtigste Treffpunkt der rechtsextremen Szene“ hatte sogar die Innenbehörde auf den Plan gerufen.

„Gern gesehene Gäste sind Nationale und Patrioten unterschiedlicher Couleur im neu eröffneten Cafe Germania im Berliner Bezirk Lichtenberg. Das kleine deutsche Lokal mit der freundlichen Atmosphäre hat von Montag bis Sonnabend jeweils ab 9.00 Uhr geöffnet. Dort wird den Gästen nicht nur das Getränk der Götter und Germanen in zünftigen Methörnen serviert, auch sonst ist man um das leibliche Wohl der Kundschaft besorgt.“ Mit dieser Anzeige stellte sich das im Berliner Bezirk beheimatete „Cafe Germania“ vor.

Germania – der Name ist Programm. Seit der Eröffnung im Dezember 1997 wurde die Kneipe in der Normannenstraße ein Treffpunkt der Berliner Neonaziszene. Betrieben wurde das Cafe von Andreas Voigt, dem ehemaligen Chef der Skinheadgruppe „Kreuzritter für Deutschland“ (KFD) aus Stuttgart. Die KFD organisierte zwischen 1991 und 1993 im süddeutschen Raum Konzerte mit Neonazi-Bands aus verschiedenen Ländern. Weil er einen abtrünnigen Gessinnungskameraden entführte und mißhandelte, mußte Voigt Mitte der 90er Jahre eine längere Gefängnisstrafe absitzen. Voigt ist bei sämtlichen größeren Ereignissen der rechtsextremen Szene zugegen, beispielsweise am 1. Mai in Leipzig.

Auch das Cafe spielte eine wichtige Rolle in der rechten Infrastruktur. Einmal im Monat fand dort ein Treffen der sogenannten unabhängigen Kameradschaften aus Berlin und Brandenburg statt. Während sich die älteren Kameraden mit nationalen Liedermachern wie dem NPD-Barden Frank Rennicke die Zeit vertrieben, schmiedete der glatzköpfige Nachwuchs Angriffspläne. Pöbeleien gegen Ausländerinnen und Ausländer und tatsächliche oder vermeintliche Linke sind in der Umgebung an der Tagesordnung. Am 21. Juni wurde das braune Cafe schon für einen Abend polizeilich geschlossen, weil von den Gästen eine massive Bedrohung für ein Multi-Kulti-Konzert ausging, das an diesem Tag in den Lichtenberger Parkauen stattfand.

Nach Informationen des Berliner „Tagesspiegel“ mußte das Cafe am 30. November wegen Mietschulden geschlossen werden. Der Lichtenberger Bezirksbürgermeister Wolfram Friedersdorff (PDS) wollte die braune Lokalität schon vorher



aus seinem Bezirk loswerden. Gemeinsam mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern forderte er in einem Brief an die Hausverwalter, die Lutz Kosboth Immobiliengesellschaft, dem rechten Treiben ein Ende zu machen und dem Cafe zu kündigen.

Doch die sah dazu bislang keine rechtliche Handhabe, obwohl ihr das Lokal schon länger ein Dorn im Auge war.

Bürgermeister Friedersdorff war auch unter den rund 1.500 Demonstrierenden die am 21. November die Schließung der Lokalität forderten und wozu verschiedene Berliner Gruppen und Initiativen aufgerufen hatten. Die Rechten hatten an diesem Tag bundesweite Unterstützung geordert und sich in dem von der Polizei hermetisch abgeriegelten Cafe verbarrikadiert. In der darauffolgenden Nacht konnte die Polizei noch in letzter Minute einen Angriff von schwer bewaffneten Neonazis auf eine Antifa-Fete verhindern. Die etwa 40 Rechten wurden in unmittelbarer Entfernung des Konzertortes gestoppt und vorläufig festgenommen.

Selbst die Berliner Innenverwaltung hatte ein Auge auf das Cafe geworfen. Auf eine kleine Anfrage der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte der Innenstaatssekretär Kuno Böse am 23. November: „Das Cafe Germania hat sich nicht nur zu einem zentralen Stützpunkt für sogenannte neonazistische Kameradschaften und zur Anlaufstelle für Neonazis entwickelt, sondern gilt derzeit als der wichtigste Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene in Berlin insgesamt. Schon aufgrund dieser Tatsache besteht latent die Gefahr, daß von diesem Ort beziehungsweise den dort aufhältlichen Personengruppen strafbare Handlungen ausgehen.“ Vorher wurde von der Berliner Innenbehörde eine rechte Gefahr in Berlin immer in Abrede gestellt.

Die Germania-Betreiber sind nach der Devise „Jetzt erst recht“ in der letzten Zeit noch in die Offensive gegangen. Seit Sommer 1998 rufen sie in der neonazistischen Presse und via Internet alle Leserinnen und Leser auf, „bei einem Besuch in der Reichshauptstadt“ bei ihnen vorbeizuschauen. Mittlerweile haben sie auch das „Projekt Cafe Germania“ mit dem Ziel „einer berlin- und später deutschlandweiten Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen“ ausgerufen. Der Wirt des braunen Cafes hat ohnedies schon angekündigt, daß am Berliner Stadtrand ein neues Lokal eröffnet werden solle.

Peter Nowak

## „Erneuerung braucht Perspektive“

Bundesweiter Ratschlag  
am 29./30. Januar 1999 in Erfurt

Zu dieser Veranstaltung werden über 400 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Die Veranstalter von der Initiative „Aufstehen für eine andere Politik“ wollen mit dieser Konferenz eine breite Diskussion über die demokratische Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Gang bringen. Zu der Initiative gehören Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen, Gewerkschafter sowie Unterzeichner der „Erfurter Erklärung“. Unterstützung kommt von namhaften Wissenschaftlern, Theologen und Künstlern. In dem Aufruf zu dem Ratschlag heißt es unter anderem:

„Der Regierungswechsel ist geschafft, jetzt muß der Politikwechsel folgen. Erste Ansätze sind erkennbar. Doch die politische Erneuerung braucht Antrieb durch eine starke außerparlamentarische Bewegung. Dazu müssen die Menschen aus der Zuschauerdemokratie heraustreten und selbst aktiv werden.“

Die Initiatoren fordern beispielsweise „Arbeit, Bildung und Ausbildung für alle, Einkommen zum Auskommen auch für die, die keine Arbeit haben, gerechte Verteilung des Reichtums, zukunftsfähiges Wirtschaften, eine demokratische und tolerante Gesellschaft sowie Bürgerrechte für alle hier lebenden Menschen“.

100 Tage nach dem Antritt der neuen Bundesregierung soll bei dem Ratschlag eine erste Bilanz über Trends und Ergebnisse ihrer Politik gezogen werden. Außerdem wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Konzepte zur Lösung gesellschaftlicher Probleme diskutieren.

(aus: UNZ, *Unsere Neue Zeitung in Thüringen*, Nr. 24/98, 1. Dez.-Ausgabe)

## Wasserhaushalts-Probleme in früheren Braunkohlerevieren Probleme nach dem Bergbau

Von Ingrid Mattern

In der Lausitz und im Kohlerevier rund um Leipzig gehen Ängste um. In Delitzschs Umgebung befürchten die Leute nasse Kellerräume. Fährmänner im Spreewald erzählen ihren Gästen von der Gefahr trockengelegter Wasserläufe. Und in Berlin bangt man um den Titel „Spree-Athen“. Tatsächlich kommen nach der Stilllegung der Tagebaue in den drei ostdeutschen Braunkohleländern auf Grund unregulierter Grund- und Oberflächenwasserhaushalte Probleme von ungeahnter Tragweite auf die Menschen zu. Die PDS-Fraktion im sächsischen Landtag hat sich dieser Problematik angenommen und gefordert, daß die Staatsregierung über Maßnahmen und Probleme zu diesem Thema berichten solle. Was ist an den benannten Ängsten, wie sehen es die Betroffenen, die damit konfrontierte Bevölkerung und besorgte Verantwortungsträger?

Durch 100 Jahre Braunkohlebergbau in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier sind die natürlichen Wasser- und Stoffkreisläufe nachhaltig gestört. Die derzeitige abrupte und drastische Stilllegung vieler Tagebaue wirkt sich zudem dramatisch auf die Wasserreserven aus, denn die Tagebaurestlöcher entpuppen sich als Fässer ohne Boden. Trotz der Zuleitung von mehreren Millionen Kubikmeter Wasser in diese Restlöcher steigt der Wasserspiegel jährlich höchstens um 2 bis 3 Meter an. Jeder kann sich vorstellen, wie lange es also dauern wird, bis die versprochenen Seenplatten in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier entstanden sein werden.

Zur Zeit haben wir in der Lausitz und im mitteldeutschen Raum ein Wasserdefizit von 16 Milliarden Kubikmeter. Zum Vergleich: Der Müggelsee fast 36 Millio-

nen Kubikmeter Wasser. Allein das Tagebaurestloch Bärwalde benötigt aber, um die einem See zu werden, 150 Millionen Kubikmeter Wasser.

Für das mitteldeutsche Revier liegt bereits ein Flutungskonzept vor: für die Lausitz ist es in Erarbeitung. Aber Konzepte allein lösen die Probleme nicht. Der Chef des Biosphärenreservates im Spreewald, Dr. Manfred Werban, forderte anläßlich eines Kolloquiums in Cottbus die jetzt tatsächlich geforderte Politik auf, endlich Abstimmungen zwischen den Ländern vorzubereiten. Gegenüber der *Lausitzer Rundschau* erklärte er, daß in dieser Frage bislang viel geredet wurde, aber nichts passiert sei. Von der Politik wird ein Drei-Länder-Verbund gefordert, weil dieses Problem längst Bedeutung über die Region bekommen habe.

Es gibt aber auch noch andere Facetten: Nicht völlig problemlos stellt sich z.B. die Situation bei der Restlochflutung im Raum Delitzsch, speziell der ehemaligen Tagebaue Delitzsch-Südwest und Breitenfeld dar: So reicht der Absenkungstrichter des Grundwassers weit in das Stadtgebiet von Delitzsch und der umliegenden Ortschaften hinein. Da dort in den vergangenen Jahren auch eine Reihe von Neubauten einschließlich der Eigenheimstandorte entstanden sind, gibt es sehr berechtigte Bedenken der Bauherren und Eigentümer, daß die angedachte Wiederherstellung des Grundwasserspiegels auf dem ursprünglichen Niveau (102 m NN) zu Vernässungen der Kellerbauwerke führen könnte. Seit Monaten gibt es dazu eine kontroverse Debatte in der Lokalpresse. Fachleute konnten diese Bedenken bisher nicht widerlegen. Bürger wollen sich deshalb zu einer Initiative zusammenschließen. Inzwischen wurde insofern die Tür zum sachlichen Dialog aufgeschlagen, als durch



## Wieder Nazi-Demo in Berlin von CDU-Innensenator erlaubt

Knapp 500 Neonazis konnten am 5.12. in Berlin erneut mit Genehmigung des CDU-Innensenators (auf General Schönbohm, der nach Brandenburg wechselte, folgte Ex-VS-Chef Werthebach) unter Polizeischutz demonstrieren. Vor der JVA Tegel forderten sie die Freilassung ihres wegen verschiedener Straftaten inhaftierten NPD-„Kameraden“ Frank Schwerdt. Auch „Freiheit für Kay Diesner“, den neonazistischen Polizistenmörder von Berlin, wurde von einer Gruppe um den Hamburger Neonazi Christian Worch gefordert. 1.000 antifaschistische Gegendemonstranten beteiligten sich an Gegenaktionen des „Bündnis gegen Rechts“ (PDS, Grüne, Antifa). Von ihnen wurden mehrere Teilnehmer verhaftet.

rül

das Landratsamt ein erneuter Prüfauftrag an die zuständige Fachbehörde ergangen ist. Die PDS wird diesen Prüfauftrag aufmerksam verfolgen und im Regionalen Planungsverband sowie im Kreistag Delitzsch zur Sprache bringen, so versicherte MdL Dr. Michael Friedrich. Sollten geringste Zweifel bestehen bleiben, daß die von den Anwohnern befürchteten Vernässungen nicht ausgeschlossen werden können, wird sich die PDS für ein End-Niveau des Grundwasserspiegels im Südwest-Raum von Delitzsch einsetzen, der mindestens 1 Meter unter dem ursprünglichen Niveau liegt.

Diese Dimensionen verdeutlichen, daß die wirklichen Probleme erst anfangen, wenn der Bergbau geht. Und aufgrund des von mir oben benannten dramatischen Wasserdefizites und der gleichzeitigen Vernässungsgefahren muß ein interdisziplinärer Lösungsansatz gefunden werden. Dazu reicht allein die – sicher verdienstvolle – Arbeit der Bergbauverwaltungsgesellschaft nicht aus. Dazu ist es notwendig, daß Wasserwirtschaft, Umweltfachämter, die LAUBAG, MIBRAG und die Politik Hand in Hand – und zwar länderübergreifend – arbeiten.

In diesem Sinne nahm im August dieses Jahres eine sächsisch-brandenburgische interministerielle Arbeitsgruppe die Arbeit auf. Die Anträge der PDS-Landtagsfraktion zu diesem Thema dürften dabei einen beschleunigenden Einfluß ausgeübt haben. Ungeklärt ist bis heute – aber das ist Sache der Politik – woher das Wasser für die Flutung der Tagebaurestlöcher stammen soll. Das Entwässerungsvolumen der tätigen Tagebaue und wetterbedingte Niederschläge genügen nicht. Wird es eine Neißüberleitung geben oder nicht? Und wie wird man mit den Wasserproblemen der Spree, der Schwarzen und Weißen Elster umgehen?

Die PDS hat jetzt im Landtag angeregt, daß für das Lausitzer Revier ein längerübergreifender gemeinsamer Bewirtschaftungsverband Spree gegründet wird. Dieser könnte helfen, die neidvollen Barrieren zwischen Sachsen einerseits und Brandenburg sowie Berlin andererseits abzureißen.

Die PDS hätte sicherlich kein Problem damit, wenn sich auch in diesen Fall die Staatsregierung Sachsens einen Vorschlag der PDS zu eigen macht, wie es schon bei der interministeriellen Arbeitsgruppe geschah. Wie ich weiß, sind die Vertreter des Umweltministeriums Brandenburg bereit, eine solche Idee aufzugreifen.

Nur durch konkrete Entscheidungen und sachliche Arbeit kann die Angst der Bürger und den angstverstärkenden Schlagzeilen in der Art, daß die Politik den Spreewald austrocknen läßt, entgegenet werden. ...

*Ingrid Mattern ist Abgeordnete für die PDS im Sächsischen Landtag.  
(aus: Leipzigs Neue Nr. 24/98, 27.11.98, aus Platzgründen geringfügig gekürzt)*

**KITA-STANDARDS:** *Aurich.* Die Kreistagsfraktion der Bündnisgrünen hat eine Resolution eingebracht unter der Losung „Hände weg von KiTa-Standards – Qualifizierte Betreuung statt billige Aufbewahrung“. Darin heißt es u.a.: „Der Kreistag Aurich protestiert gegen die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, die im Kindertagesstättengesetz festgelegten Mindeststandards aufzuheben. Er lehnt alle Eingriffe in die qualitativen Vorgaben dieses Gesetzes ab. Der Kreistag Aurich anerkennt die positiven Impulse, die vom Kindertagesstättengesetz ausgehen. Die Formulierung von Personalstandards hat positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Festlegung von Gruppen- und Raumgrößen sichert den Kindern ein angemessenes Umfeld im Kindergarten, alle Faktoren zusammen garantieren eine qualitative Betreuung und verhindern Dumpinglösungen, die besonders zu Lasten der berufstätigen Mütter und Väter gehen ... Der Kreistag Aurich lehnt die Überführung der Finanzhilfe für Kindertagesstätten in den allgemeinen kommunalen Finanzausgleich ab. Stattdessen ist die Aufgabenbindung wie bisher beizubehalten.“ Der Resolutionsentwurf wurde zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

**KINDERGARTENGESETZ:** *Stuttgart.* Am 12. November war die erste Lesung des neuen Kindergartengesetzes, bei dem hauptsächlich die Finanzierung neu geregelt werden soll. Nun hat das Ministerium doch noch eine entscheidende Veränderung vor: die „erfahrene Mutter“ kommt wieder ins Spiel.

„§7 (2) Das Landesjugendamt kann auf Antrag ausnahmsweise andere Personen als Fachkräfte zulassen, wenn sie nach Vorbildung oder Erfahrung geeignet sind.“ Bisher hieß es „nach Vorbildung und Erfahrung ...“ In der Begründung zum Gesetz wird die Absicht deutlich benannt: „Für die (ausnahmsweise) Übertragung dieser Zweikraftaufgaben kommen beispielsweise auch erfahrene Mütter in Betracht, ohne daß sie eine absolvierte pädagogische Vorbildung aufweisen müssen. In dieser Möglichkeit findet die familienergänzende Natur des Kindergartens praktischen Ausdruck.“ Keine Sprache mehr von Bildungsauftrag, Präventionsaufgaben und vielem mehr. Die Aussichten sind echt schlecht. Denn bis zur Leitungsfunktion können dann unausgebildete Kräfte einsteigen, wenn sie ein Jahr als Zweikraft und irgendwelche nicht definierte Fortbildung nachweisen können.

Die ÖTV hat protestiert, aber ob nochmals eine Änderung bis zum 10. Dezember, an diesem Tag soll das Gesetz verabschiedet werden, möglich ist, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall freuen sich Gemeinden und Träger schon auf

den 1.1.1999, ab dann können sie nach Herzenslust sparen und sparen, Mindeststandards gibts dann schon gar keine mehr, und selbst um die Qualifikation müssen sie sich nicht mehr kümmern. Eltern und Beschäftigte müssen sich dagegen auf harte Auseinandersetzungen vorbereiten.

**PHILHARMONIE:** *Essen.* Im Schnellverfahren, nur wenige Tage nach Veröffentlichung der Vorschläge, legte die SPD am 25.11. einen Antrag vor, mit dem der Neubau der Philharmonie, ein Architektenwettbewerb für die nördliche Innenstadt und der ebenso heftig umstrittene Umbau des Saalbaus in ein Kongreß- und Veranstaltungszentrum beschlossen wurden. Die SPD schaltete auf Durchmarsch – und provozierte damit den Auszug von B 90/Die Grünen und CDU aus der Ratssitzung. Wie das Projekt finanziert werden soll, ist ebenso unklar wie die Frage nach dem Bedarf. Schon 2 Tage später luden so unterschiedliche Gruppierungen wie der Runde Tisch Essener Umweltverbände, der Arbeitskreis Essen 2000, der Kulturberrat, die Allbau-Initiative, der Obdachlosen Verein Intego und Grüne, CDU und FDP zu einer gemeinsamen Pressekonferenz ein, bei der sie die Bildung eines „Bürgerbündnisses“ bekanntgaben. Die Ansätze der Kritik sind sehr unterschiedlich. Im Gegensatz zu anderen Beteiligten haben sich z.B. die Allbau-Initiative und Intego grundsätzlich gegen den Neubau einer Philharmonie ausgesprochen, und zwar aus sozialen Gründen: Es kann nicht angehen, daß die Stadt ihre Wohnungsbaugesellschaft verkauft, um dann mit rund 100 Mio. DM einen neuen Standort für Hochkultur zu finanzieren. Es wurde ein weiteres Treffen vereinbart, wo über den Text für ein Bürgerbegehren beraten werden soll.

**SCHADENERSATZ:** *Augsburg.* Weil der Bauausschuß vor acht Jahren eine Spielhalle im Stadtzentrum ablehnte, muß die Stadt einem Gastronomen 170.000 Mark Schadenersatz plus 103.000 Mark Zinsen bezahlen. Dieses Urteil fällt der 1. Zivilsenat beim Oberlandesgericht München am 3. Dezember in einem bereits fünf Jahre dauernden Rechtsstreit. Der Spielhallenbetreiber hatte rund 650.000 Mark verlangt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da Kläger und Beklagte sich verhalten müssen. Unklar ist auch, wer letztlich den Schadenersatz zahlt. Die Stadt will Kontakt zu ihrer Amtshaftpflichtversicherung aufnehmen. Wenn diese sich weigert, könnte die Stadt ihrerseits die Versicherung verklagen. Sollte Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Bauausschusses nachgewiesen werden, müßten gar die Stadträte persönlich haften.

*Zusammenstellung: baf*

# „INTERNET-STREIK“:

Tarifkonflikt noch nicht beigelegt. Am 21.10.98 begann der erste „Internet-Streik“ bei der GMD in Berlin-Adlershof (Forschungszentrum Informationstechnik GmbH), um die Absenkung der Tarifeinkommen von 100% auf 86,5% zu verhindern. Erstmals wurde dieses Medium in einem Arbeitskampf eingesetzt, und zumindest zum Teil auch erfolgreich (vgl. zuletzt *Politische Berichte* Nr. 23/98). Am 24.11.98 fand dann das angekündigte Tarifgespräch statt. Es zeigte sich, daß Bonn (als Geldgeber) nicht bereit war, den Beschäftigten mit Arbeitsplatz in Adlershof (Ost-Berlin) auch nur einen Pfennig mehr als Ost-Tarif zu zahlen. Der ÖTV-Verhandlungskommission wurde außerdem mitgeteilt, daß dieses Gespräch auch kein Tarifgespräch sei und man überhaupt nicht zu echten Tarifverhandlungen bereit sei. Darauf erklärte die ÖTV, daß sie sich unter diesen Umständen gezwungen sehe, über die weitere Ausweitung der Aktionen zu beraten. Das brachte Bewegung in die Arbeitgeberhaltung. Sie sagten zu, daß nach der Tarifrunde 1999 im öffentlichen Dienst es für die GMD Tarifverhandlungen geben werde. Bis dahin wird den schon Beschäftigten Besitzstand zugesichert, auch bei Vertragsverlängerungen. Ganz offensichtlich ist sich Bonn unsicher, ob sie die Tarifspaltung in Berlin aufrechterhalten kann, wo doch viele Bundestagsbeschäftigte im nächsten Jahr ebenfalls ihren Arbeitsplatz im Ostteil der Stadt haben werden und ihnen der Westtarif schon zugesichert worden ist.

Auf den ehemals bestreikten Internet-Seiten blinken derzeit keine Dollarzeichen mehr, dafür enthalten sie den Hinweis: Tarifkonflikt noch nicht beigelegt.

## WAHRHEIT NICHT ERWÜNSCHT!

Der folgende Auszug aus dem Protokoll der 127. Senatssitzung vom 27.10.98 wurde an alle Senatsverwaltungen zur Kenntnis und Beachtung und mit der Bitte um weitere Veranlassung gesandt:

„Der Regierende Bürgermeister unterrichtet den Senat, daß ihm ein Einzelfall bekanntgeworden sei, wonach in einer nachgeordneten Behörde in einem Vordruck als Begründung für eine mögliche verzögerte Bearbeitungszeit vor allem die Einsparmaßnahmen im Personalbereich ausdrücklich genannt werden. Derartige Formulierungen seien völlig unakzeptabel. Er bittet alle Senatsmitglieder, darauf zu achten, daß in ihren Bereichen derartige Formulierungen im Schriftverkehr nach außen unterbleiben.“

## WIDIA GMBH: GEWINNBETEILIGUNG „ERREICHT“.

Erst informierten sich 100 Beschäftigte beim Betriebsrat der Widia GmbH über Reaktionen auf den Brief der Belegschaft zur Forderung nach einer außertariflichen Sonderzahlung, am nächsten Tag 400 und einige Tage später noch einmal 150 (siehe auch *Politische Berichte* 23/98). Am 5.11.1998



*In der Auseinandersetzung um die geplante Kürzung der Löhne von Putzfrauen, Haus- und Küchenhilfen bei der Diakonie Bayern haben die Proteste der betroffenen Frauen einen ersten Erfolg erreicht: durch Zulagen werden die bisherigen Effektivlöhne abgesichert. Wir dokumentieren dazu eine Pressemitteilung des Evangelischen Pressedienstes.*

*Pfarrer Keßler-Rosa, Geschäftsführer der Diakonie in Schweinfurt, äußerte sich in einer Presseerklärung erfreut über diese Einigung. Die „überfallartig“ beschlossenen Tarifabsenkungen sowie die Höhe der Kürzungen seien auch für ihn „nicht ganz nachvollziehbar“ gewesen. Gespannt sei man nun in der Schweinfurter Diakonie, welche neuen Vorschläge für eine, wie es seitens der Arbeitsrechtlichen Kommission Bayern heißt, „sozialverträglichere Ausgestaltung notwendiger Vergütungsanpassungen“ es in den nächsten Monaten geben wird.*

*Bild: Demonstration von Diakoniebeschäftigten bei der Tagung der Arbeitsrechtlichen Kommission am 17.11. in Nürnberg.*

fand schließlich eine außerordentliche Betriebsversammlung statt. Trotzdem: Was der aus den USA angereiste Aufsichtsratsvorsitzende Alan Shaffer bei der Versammlung und in einer anschließenden Sitzung mit dem Betriebsrat zum Thema Sonderzahlung zu sagen hatte, befriedigte fast niemanden. Auch nach mehreren Stunden besserte er sein „Angebot“ nur geringfügig nach.

Danach soll jeder Beschäftigte für 1999 zusätzlich zum tariflichen Weihnachtsgeld eine Sonderzahlung von 400 DM erhalten, sofern die Unternehmensplanung einen höheren Gewinn als im Vorjahr ausweist und erreicht wird. Die Zahlung steigt auf bis zu 1.000 DM/Beschäftigtem, sofern der Gewinn bis zu 5 Mio. DM höher liegt, als geplant – wobei Herr Shaffer hierzu gleich erklärte, daß das bei seinen Planungen noch nie vorgekommen ist. Im übrigen bestand er darauf, daß die Planung in Dollar gerechnet wird, so daß auch Währungsrisiken von der Belegschaft getragen werden müssen. Erstmals gezahlt werden soll – wenn überhaupt – im Februar des Jahres 2000(!). Der Betriebsrat hat es abgelehnt, darüber eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Das „Angebot“ steht als einseitige Erklärung des Unternehmens. *kw*

## DRUCK AUF KRANKE WEITERHIN HOCH.

Nach den bisher vorliegenden Daten für 1998 verzeichnen die Krankenkassen nach 1997 ein neues Rekordtief beim Krankenstand in bundesdeutschen Betrieben. Bundesweit fehlten erkrankte Beschäftigte im laufenden Jahr 6,7 Tage, im Vergleichszeitraum 1997 waren es noch 6,9 Tage. Schleswig-Holstein liegt zwar im Bundestrend, aber auf einem deutlich höherem Niveau. So hätten sich 1998 bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen 4,48 % der landesweit 320 000 Mitglieder krankschreiben lassen – 1997 waren es 4,76 %. Die Dauer der Krankschreibungen reduzierte sich von 17,7 Tage in 1996 auf 16,6 Tage in 1997. Eine ähnliche Situation vermehren die Ersatzkrankenkassen für ihre 760 000 Versicherten. Als Ursache für die sinkenden Krankmeldungen sehen die Krankenkassen die gesetzlichen Änderungen bei der Lohnfortzahlung von ehemals 100% auf 80% sowie die Reduzierung des Krankengeldes ab der siebten Krankenwoche von 80% auf 70%. Eine weitere Ursache wird die Angst vor krankheitsbedingter Kündigung und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sein. Von daher versuchen viele Kranke, sich durch Medikamente aufzuputschen. *S.P.*

# Gesamtmetall fordert Flexi-Löhne

Am 7. Dezember begannen in Nordrhein-Westfalen die Einkommenstarifverhandlungen in der Metallindustrie, in der nächsten Woche starten sie in Baden-Württemberg. Die Forderungen liegen überall – entsprechend der Vorstandsempfehlung – bei einem Volumen von 6,5%.

Damit versucht die IG Metall den schwierigen Spagat zwischen unterschiedlichen Bedingungen in der Branche, zwischen Höchstgewinnen z.B. in manchen Automobilunternehmen und mäßiger Ertragslage in anderen Bereichen. Entsprechend hatten nach Angaben des IGM-Vorsitzenden Zwickel die Forderungen aus den Betrieben eine große Bandbreite: zwischen 3 und 12%. Hinzu kommt, daß die IG Metall zum ersten Mal eine gemeinsame Tarifbewegung West-Ost durchführt.

Gesamtmetall und die regionalen Metallarbeitgeberverbände wollen in dieser Situation die Flexibilisierung der Lohn- und Gehaltstarife durchsetzen: Nur ein Teil der Einkommenserhöhungen soll für alle verbindlich gelten, ein anderer Teil soll je nach betrieblicher wirtschaftlicher Situation flexibel sein. Aus der IG Metall gibt es dazu unterschiedliche Reaktionen. Einerseits erklärt der neugewählte Zweite Vorsitzende der IG Metall, Peters: „Das lehnen wir ab“. Andererseits legt sich der nordrhein-westfälische Bezirksleiter Schartau nicht fest: „Ob wie bisher ein Mittelwert für alle paßt oder differenzierte Lösungen erforderlich sind – das wird eine Kernfrage der anstehenden Tarifverhandlungen sein“. (Stuttg. Ztg. 5.12.98)

Nicht einfacher wird die Auseinandersetzung auch durch die gleichzeitig beginnenden Verhandlungen unter dem Stichwort „Bündnis für Arbeit“. Zwickel fordert zwar die scharfe Trennung beider Verhandlungen und droht vom Bündnistisch aufzustehen, falls dort Lohnleitlinien verabschiedet würden. Aber er hat selbst stets Rücksichten bei den Lohnforderungen in Aussicht gestellt, wenn es zu einem erfolgreichen „Bündnis“ kommen sollte. Und die Forderungen der IG Metall selber für das „Bündnis“ – z.B. Rente ab 60 finanziert über Tariffonds – zieht die Tarifpolitik unweigerlich in die Verhandlungen hinein.

Nur in drei Tarifgebieten (außer Baden-Württemberg noch Küste und Bayern) verfolgt die IG Metall in dieser Tarifbewegung das Ziel, einen Schritt zu einer Angleichung der unterschiedlichen Lohn- und Gehaltssysteme (Zeitlohn, Akkord- oder Prämienlohn,

## Beschluß der Großen Tarifrakommission der IG Metall Baden-Württemberg

In den vergangenen Jahren gab es für die Arbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie relativ geringe Lohn- und Gehaltserhöhungen. Gleichzeitig stiegen die Belastungen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen. Die Politik der zurückhaltenden Lohnabschlüsse hat nicht zu den erwarteten und von den Arbeitgebern versprochenen Einstellungen geführt. Ganz im Gegenteil, in manchen Unternehmen lediglich zu ausufernden Gewinnen.

Vor diesem Hintergrund plädiert die IG Metall für kräftige Lohnerhöhungen. Dazu gibt es in den Betrieben große Zustimmung.

Gleichzeitig wurde in den letzten Wochen in den Betrieben über strukturelle Benachteiligungen zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen diskutiert. Um dem Ziel gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ein Stück näherzukommen, wird in einem ersten Schritt ein Zuschlag für die bisher benachteiligten Zeitlöhner gefordert.

Die Große Tarifrakommission beschließt deshalb:

- eine Erhöhung der Löhne und Gehäl-

ter im Volumen von 6,5% incl. einer Strukturkomponente für Zeitlöhner im Volumen von 0,5%. Der angestrebte Zeitlohnzuschlag ist wie das Grundentgelt zu behandeln;

- eine Vereinheitlichung der niedrigsten Entgeltgruppen;
- einen Stufenplan zur Anbindung der Ausbildungsvergütungen an das Grundentgelt der Arbeitswertgruppe VI. Erster Schritt dazu ist die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 DM für alle Ausbildungsjahre.

Die Große Tarifrakommission betont, daß höhere Forderungen durchaus ihre Berechtigung haben. Die nun geforderte Forderung trägt der differenzierten wirtschaftlichen Situation der Branchen Rechnung.

Diese Forderung entspricht darüberhinaus der weit verbreiteten Stimmung in den Betrieben, daß nicht nur die Forderung, sondern erst recht das Ergebnis glaubwürdig sein muß.

Die Mitglieder der Großen Tarifrakommission beantragen die Zustimmung zu diesen Forderungen beim Vorstand der IG Metall. Sie setzen sich dafür ein, daß aus den Betrieben und Verwaltungsstellen der notwendige Druck für die Durchsetzung dieser Forderung entfaltet wird.

Leinfelden-Echterdingen,  
19.11.98

Gehalt – mit den größten Defiziten beim Zeitlohn) zu machen. Von den Verhandlungen über einen neuen, gemeinsamen Entgelttrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte in Baden-Württemberg meldet die IG Metall als Zwischenstand die Einigung in einigen Regelungsbereichen, andere sind weiter umstritten. Diese Verhandlungen werden nun wegen der Lohntariffbewegung ausgesetzt.

In Baden-Württemberg will die IG Metall nun mit einem Teil des Lohnabschlusses die Kluft zwischen den Entgeltsystemen verringern: Zeitlöhner sollen einen Zuschlag von 2% erhalten, der im Gesamtvolumen 0,5% der 6,5%-Forderung ausmachen würde.

Dahinter steht die Einschätzung, daß man eine Angleichung der unterschiedlichen Lohn- und Gehaltstarifregelungen jetzt durchsetzen wird oder nie: Bei den konjunkturellen Rahmenbedingungen wird in den nächsten Jahren eher eine Verschlechterung erwartet, und der tarifpolitische Fahrplan der IG Metall selber sieht für die Jahre 2000 ff. einen anderen Schwerpunkt vor: weitere Arbeitszeitverkürzung.  
rok

ÖTV

## Kreise beschließen Tarifforderung

STUTTGART. Am 17. Dezember 1998 tagt die große Tarifrakommission, um die Forderungen von ÖTV und DAG zur Tarifrunde 1999 zu beschließen. Am 28.11.98 einigte sich die Funktionärsversammlung für die ÖTV Kreis Böblingen/Stuttgart auf einen Forderungsvorschlag.

Das Gesamtvolumen soll 7,5% mehr Lohn umfassen. Darin enthalten sein soll die Erhöhung der Einmalzuwendung, sprich des Weihnachtsgelds, auf wieder 100%. Zur Forderungsstruktur beschloß die Versammlung: Die Lohnerhöhung soll mindestens 250 DM, aber höchstens 450 DM ausmachen. Außerdem soll eine Festlegung zur Übernahme aller Auszubildenden getroffen werden.

Diese „Mischforderung“ ist ein Kompromiß aus den Diskussionsergebnissen in den Dienststellen. In den Betrieben, die einen hohen Arbeiteranteil haben und sich als „Durchsetzer und Kopfhinhalter“ für den Rest der Beschäftigten verstehen, wurden überwiegend Prozentforderungen aufgestellt. Daß man bei den



hohen Löhnen sparen soll, darüber sind sich alle einig, deshalb die Höchstbegrenzung. Man nimmt an, daß die Leute, die mehr als 450 DM bei einer 7,5prozentigen Lohnerhöhung bekommen, eh nicht in der Gewerkschaft sind, womit dem Argument, hohe Beitragszahler mit Festgeldforderungen zu verprellen, Rechnung getragen wurde.

Die ÖTV-Vertrauensleute im Jugendamt stellen seit Jahren fest, daß an einer Tarifiediskussion wenig Interesse besteht, weil keiner für ein, zwei Prozent mehr Lohn einen Streik organisieren will. Es besteht viel mehr Interesse an einer Auseinandersetzung um eine bessere Bezahlung von Frauen insgesamt. Das stieß bei der überwiegenden männlichen Funktionärsversammlung auf Erstaunen und Befremden, obwohl Mindest- und Festgeldforderungen letztlich auch Veränderungen in der Struktur beinhalten. *mok*

### **Mannheim: Kein Festgeld**

**MANNHEIM.** Am 23. November wurden von der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Mannheim die Forderungen für die Tarifrunde 1999 beschlossen.

Zuvor fand eine Auftaktveranstaltung statt. Lediglich 45 TeilnehmerInnen folgten den 600 Einladungen, die wiederum 3000 Mitglieder repräsentierten. Diese geringe Beteiligung dokumentiert an sich schon die Erwartungen, die durch die geringen Erfolge aus den Tarifikämpfen der letzten Jahre sehr gedämpft ist.

Wie in den vergangenen Jahre hatte die Forderung nach Festbeträgen einen hohen Stellenwert. Der ÖTV-Geschäftsführer Klaus Lindner bemühte sich sehr, die „Nachteile“ einer Festbetragsforderung zu benennen. Damit würden die im Jahre 1991 (im Arbeiterbereich) festgezurrten gleichmäßigen Abstände zwischen den einzelnen Lohngruppen wieder durcheinandergewirbelt werden, und die Besserverdienenden würden sich benachteiligt fühlen – will man das? Und außerdem verschwand die Mannheimer Festbetragsforderung der vergangenen Jahre sehr schnell im allgemeinen Forderungskarussell – schon auf Bezirksebene war sie nicht mehr sichtbar.

Zwar wurden diese Einwände des Geschäftsführers nicht gerade begeistert aufgegriffen, doch das Abstimmungsverhalten der Kreisdelegiertenkonferenz gab ihm Recht. Zwar sind die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Dienststellen und Betrieben des öffentlichen Dienstes in Mannheim nicht ganz eindeutig, – es gab mehrere Bereiche mit Festbetragsforderungen zwischen 180 und 250 DM – die Tendenz geht jedoch – wie gewünscht – eher zu einer Prozentforderung.

Die ÖTV Mannheim fordert also ein Gesamtvolumen von 6% mit einer deutlichen sozialen Komponente und Beschäftigungssicherungsmaßnahmen. Für die Auszubildenden wird die Erhöhung um 90 DM gefordert. *iro*

## **Gemeinsamer „Handelstag“ von DAG und HBV**

# **Gewerkschaften stärken**

**Am 17.11. fand in Neumünster ein gemeinsamer Handelstag der Gewerkschaften DAG und HBV statt. Eingeladen waren Funktionäre und Betriebsräte aus dem Einzelhandel, Marliese Kalthoff (Redakteurin der Lebensmittelzeitung), Dr. Claus-Jochen Kühl von der Abteilung Landesplanung bei der Landesregierung, Peter Kettler vom Einzelhandelsverband und ein Vertreter von Metro.**

Im ersten Teil berichtete Hubert Gartz von der DAG und Franziska Wiethold von der HBV über den Stand der Debatte um den Zusammenschluß der Gewerkschaften. Schwerpunkte, auf die diese zwei Gewerkschaften besonderen Wert legen sind:

Zu den Kongressen sollen ehrenamtliche Vertreter aus Fachbereichen und Organisationsbereichen gewählt werden. Der Aufbau soll nach Fachbereichen und in manchen Bereichen nach Fachgruppen untergliedert werden (z.B. Einzelhandel), gewünscht ist dann eine Budgetierung für die Fachbereiche (das heißt, sie können eigenständig über einen Betrag verfügen). Es soll Betriebsbetreuung und Personengruppenbetreuung durch Hauptamtliche geben – die Politik soll aus den Betrieben kommen, über die Fachgruppen und Projektgruppen. „Es soll nicht Gremien geben, wo die Kollegen alle zwei Wochen hin laufen und dasselbe hören, was sie aus einem anderen Gremium schon kennen“ (das wurde in Kritik an dem gesagt, was jetzt zum Teil praktiziert wird).

Über die Struktur der Landesverbände muß u.a. in unserem Bereich noch entschieden werden. Bezirksgeschäftsstellen sollen dort gebildet werden, wo Fachbereiche „ehrenamtlich leben können“, also ausreichend vertreten sind. Vorstellbar sind sonst Außenstellen einer Landesgeschäftsstelle. Als Übergangslösung ist in Überlegung, einen Dachverband (je nach Rechtslage als Verein) der fünf Gewerkschaften zu bilden, bis alle Formalitäten für eine Verschmelzung erledigt sind.

Franziska Wiethold berichtet vom HBV-Gewerkschaftstag, daß mit einer Enthaltung und nach intensiver Debatte ein Antrag beschlossen wurde, den Weg der Verschmelzung weiter zu gehen. Sie berichtete auch, daß es erhebliche Kritik gab, daß zu wenig über die politischen Ziele geredet wird. Wichtig sei die Autonomie in der Tarifarbeit für die Fachbereiche/Fachgruppen, aber mit Koordinierung bundesweit. Bei wichtigen Themen wie z.B. Ausnahme Klauseln wäre auch vorstellbar, daß bindende Beschlüsse gefaßt werden.

Als politische Themen für die Zukunft im Einzelhandel bezeichnet sie: – „Kundenorientierung und Qualität im Dienst-

leistungsbereich“, was ist sie uns/der Gesellschaft wert. Was ist der Gesellschaft das freie Wochenende wert – wir wollen es verteidigen. Teilzeitarbeit – Pauschalkräfte – ungeschützte Arbeitsverhältnisse absichern – neue „Niedriglöhne“ verhindern – bessere „Lobbyarbeit“ in Kommunen und Bund. (...)

### **Gemeinsame Stellungnahme gegen die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes und die Sonntagsöffnung im Einzelhandel in Schleswig-Holstein**

*Verabschiedet auf dem „Handelstag der Gewerkschaften hbv und DAG in Schleswig-Holstein am 17.11.98*

Die Pläne der Landesregierung von Schleswig-Holstein, das Ladenschlußgesetz über eine Initiative des Bundesrates abzuschaffen, sind empörend. Die Teilnehmer/innen des Handelstages der Gewerkschaften DAG und HBV lehnen eine Abschaffung des Ladenschlußgesetzes, ebenso wie dessen weitere Verschlechterung, ab. Sie begrüßen die eindeutige Stellungnahme des DGB und des Einzelhandelsverbandes Nord-Ost e.V. zum Thema Ladenschluß. Die Gewerkschaften HBV und DAG fordern die Ministerpräsidentin, Heide Simonis, auf, öffentlich zu erklären, daß sie keinen weiteren Versuch unternehmen wird, das Ladenschlußgesetz abzuschaffen. Wir weisen ausdrücklich auf die Bedeutung des Ladenschlußgesetzes als Schutzgesetz hin – auch im Sinne von Klarheit für Verbraucher/innen, Händler/innen und Beschäftigte – und fordern die Landesregierung dringend auf, künftig keine verkaufsoffenen Sonntage mehr zuzulassen. Mit äußerster Verärgerung müssen wir zur Kenntnis nehmen, wie in Schleswig-Holstein Anlässe, ja Vorwände, geschaffen werden, dem Einzelhandel Sonntagsöffnungen zu genehmigen. Sonn- und Feiertage stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten in Schleswig-Holstein sind sehr besorgt über die Praxis auch in unserem Land, die Sonntagsruhe der Menschen zu mißachten und den Sonntag zum allgemeinen Arbeitstag zu machen. Das freie Wochenende, der Feierabend, gemeinsame Feiertage und insbesondere der Sonntag – das sind die wenigen gemeinsamen Mußzeiten der Menschen. Nur zu diesen Zeiten ist wirklich Raum für die Familie, für das Leben von Freundschaft, Gemeinschaft und Glauben. Diese gemeinsamen Zeiten, und im Kern vor allem der Sonntag, sind ein sehr bedeutungsvolles kulturelles Gut. So steht es auch im Grundgesetz Artikel 140 in Verbindung mit Artikel 139 Weimarer Reichsfassung.

*(Brigitte Gehrke, aus Solinet)*

Papst Johannes Paul II.

# Enzyklika Fides et Ratio



**„Glaube und Vernunft sind wie die beiden Flügel, mit denen sich der menschliche Geist zur Betrachtung der Wahrheit erhebt.“**

**R**om. Zum zwanzigsten Jahrestags seiner Amtszeit im Oktober dieses Jahres veröffentlichte Papst Johannes Paul II. seine 13. Enzyklika unter dem Titel „Fides et Ratio“, zu deutsch „Glaube und Vernunft“. Dieser Papst ist nicht nur durch seinen Medienrummel bekannt, den er veranstaltet, wenn er auf seine Weltreisen geht, sondern vor allem, daß er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen den Kommunismus, für die Familie und insbesondere gegen die Abtreibung Propaganda macht. Kirchlichen Insidern ist er zudem bekannt als Vertreter oftmals schwüler mystischer Frömmigkeit und als großer Verehrer des Kultes um die Gottesmutter Maria.

Oft weiß ich nicht, wann er gefährlicher in seiner langfristigen Wirkung ist: Wenn er in den Chor der Antikommunisten einstimmt und fast im Gleichklang mit Leuten wie US-Präsident Reagan fordert „Macht das Tor auf!“ und in seinem Heimatland Polen alle nationalistischen Register zieht oder wenn er in Homilien und Lehrschreiben scheinbar ganz unpolitisch auf theologisch-ideologische Weise daherkommt. Im einen Fall ist er eine sicher nicht unbedeutende Stimme unter vielen. Spricht er die religiöse Sprache, praktiziert er die Einzigartigkeit seines Amtes. Dieses Amt ermöglicht es ihm, priesterlich und sinnstiftend tätig zu werden. Er gibt Menschen Orientierung, die in Gesellschaften leben müssen, so z.B. in den Staaten nach der Auflösung der Sowjetunion, die geistig und sozial völlig zerbrochen sind. Er kann damit eine Wirkung entfalten, die weit über den Augenblick hinausgeht. So zum Beispiel die Völker im ehemaligen Einflußgebiet der UdSSR: Seit 1989 erleben sie die kapitalistischen Segnungen des Westens als moderne Technologie, rasante Ausbeutung und als das Einreißen aller bisher gültigen sozialen Strukturen. Das mitgelieferte „abendländische Kulturgut“ besteht aus Fernsehen à la CNN und Deutscher Welle bzw. Sex-and-Crime-Filmen in den Video-Shops. Da mag es einen westdeutschen linken Menschen noch so sehr vor den moralischen Gebetsmühlen des Papstes mit seinen Parolen über Zucht und Unzucht und Familie grausen: Wer aus den modernen kapitalistischen Fabriken rausgeworfen worden ist, wer in solchen Verhältnissen erlebt, wie junge Leute in die Klemme zwischen Prostitution und Kriminalität geraten, für den können die Worte des Heiligen Vaters Trost und moralische Stärkung werden.

Hier liegt, wie es im Managementdeutsch heute heißt, die „Kernkompetenz“ des Papstes. Und sieh an, er tut sein möglichstes.

Sicher sind die unmittelbaren Adressaten dieser Enzyklika außer den Bischöfen der katholischen Kirche die Theologen, die Philosophen und die Intellektuellen. Der Papst möchte jedoch die „Dinge in der Tiefe“ betrachten, so soll sich die Enzyklika mit diesem Thema an alle Menschen richten, „da jedem Menschen der Wunsch innewohnt, die Wahrheit kennenzulernen und eine Antwort auf die fundamentalen Fragen der Existenz zu finden: ‚Wer bin ich? Woher komme ich und wohin gehe ich? War-

um gibt es das Böse? Was wird nach diesem Leben sein?“ (vgl. Einleitung).

Hat das Immanuel Kant (1724 bis 1804) nicht ähnlich klingend formuliert: „Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?“ („Kritik der reinen Vernunft“, Reclamausgabe, Seite 815). Der Papst schlägt so die Brücke zu seinem Anliegen mit diesem Lehrschreiben, eine Frontbegradigung der katholischen Lehrmeinung gegenüber den modernen Wissenschaften vorzunehmen.

Worum geht es? Seit der Renaissance (ca. 14. bis 15. Jahrhundert), der Zeit des Aufstieges der frühbürgerlichen Klasse, als in heftigen Auseinandersetzungen mit dem Machtapparat der katholischen Kirche Naturwissenschaften und Forschung sich entwickelten, lastet der bleierne Druck von Papst und Klerus auf dem geistigen Leben jeder katholisch bestimmten Gesellschaft. Und es ist erst 120 Jahre her, daß in der Enzyklika „Aeterni patris“ vom damaligen Papst Leo XIII. das System des Thomas von Aquin (1225 bis 1274) zur Normalphilosophie und Normaltheologie erklärt wurde. Dieser Druck verschärfte sich noch einmal 1910: Zur Säuberung des Klerus von der „verschmizten Menschenklasse des Modernisten“ ließ der Papst anordnen, daß sämtliche Professoren, Beichtväter, Prediger, Weltgeistliche, Kanoniker, Benefiziaten den ausführenden „Antimodernisteneid“ schwören sollten. Unter vielem anderem mußte beschworen werden, daß Gottes Existenz nicht nur mit Gewißheit erkannt, sondern „sogar bewiesen (adeoque demonstrari)“ werden könne. Aufklärerisches philosophisches Denken, das an die von Immanuel Kant gelegten erkenntnistheoretischen Grundlagen anknüpfen wollte, war damit für katholische Funktionsträger von vornherein unmöglich gemacht. Der „Modernismus“ als der Zusammenfluß aller Häresien und die Quintessenz aller Glaubensirrtümer wurde verdammt und seine Ausrottung angeordnet. Die meisten haben den Eid damals geleistet: Autorität und Disziplin der Amtskirche stehen bis heute über der persönlichen Entscheidung und über der Wahrheitsfrage. Und bis heute hin gab es dafür keine offizielle Kurskorrektur dieses gebrochenen Verhältnisses zur Naturwissenschaft und nicht theologisch gebundener Philosophie.

Wohin aber führte das die katholische Kirche? Der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, benannte in seiner Präsentation der päpstlichen Enzyklika am 15. 10. 1998 im Vatikan die eingetretene Situation, „...die sich, wenn man sie von ihrem Ursprung her betrachtet, durch zwei Faktoren auszeichnet: die bis ins Extreme getriebene Trennung zwischen Glaube und Vernunft sowie der Ausschluß der Frage nach der – absoluten und unbedingten – Wahrheit aus der kulturellen Forschung und dem rationalen Wissen des Menschen. Das allgemeine kulturelle und philosophische Klima negiert heute die Fähigkeit der menschlichen Vernunft, die Wahrheit erkennen zu können. Die Rationalität wird einfach nur auf ihre instrumentalen, utilitaristischen, funktionalen, berechnenden und soziologischen Aspekte reduziert. Die Philosophie verliert auf diese Weise ihre metaphysische Dimension. Das Modell der Humanwissenschaften und der empirischen Wissenschaften wird zum Parameter und Kriterium für Rationalität.“

Die Folge ist einerseits, daß die wissenschaftliche Vernunft dem Glauben nicht mehr feindselig gegenübersteht, da sie sich nicht mehr für die letzte und endgültige Wahrheit der Existenz interessiert. Sie beschränkt sich vielmehr auf experimentell erfahrbare Teilkenntnisse. Auf diese Weise wird alles, was sich nicht von der wissenschaftlichen Vernunft kontrollieren läßt, aus dem Bereich des Rationalen ausgeschlossen. Folglich wird objektiv der Weg zu einer neuen Form des Fideismus eröffnet. Wenn die einzige Art der ‚Vernunft‘ die wissenschaftliche ist, wird der Glaube jeder Form der Rationalität und der Intelligibilität beraubt und dazu bestimmt, sich in einen nicht definierbaren Symbolismus oder in ein irrationales Gefühl zu flüchten.

Andererseits ist die Tatsache, daß die Vernunft auf den Anspruch, die Wahrheit zu erkennen, verzichtet, in ihrem ersten Schritt auch eine Option philosophischer Art und stellt die Forderung nach einer Beziehung zwischen Theologie und Philosophie auf. Das Sich-Zurückziehen aus der Wahrheitsfrage von

seiten der Vernunft bedeutet, einer bestimmten philosophischen Kultur nachzugeben, welche die Metaphysik aufgrund der Verabsolutierung des Paradigmas der wissenschaftlichen oder historischen Vernunft ausschließt.

Die Folge dieser Kapitulation ist nur scheinbar ungefährlich für den Glauben, der in einen in sich geschlossenen Kreislauf abgedrängt wird. Er wird in den Subjektivismus, in die Privatsphäre, verbannt und ist nicht mehr in der Lage, sich den anderen mitzuteilen oder sich auf kultureller oder rationaler Ebene Geltung zu verschaffen.“

Die katholische Kirche hat gemerkt, daß ihr erstarrter religiös-theologischer Standpunkt sich abgekoppelt hat von der philosophischen Entwicklung der letzten hundert Jahre. Die Erledigung der Frage nach Gott als dem konstitutiven Element der philosophischen und naturwissenschaftlichen Arbeit durch die Aufklärung hat die Beantwortung dieser Frage, ob es denn Gott gibt und welche weltanschauliche und / oder moralische Bedeutung Gott für den einzelnen Menschen haben kann, zu einer reinen Privatangelegenheit gemacht. Geistesgeschichtlich ist Religion am Ende des 20. Jahrhunderts tatsächlich Privatsache geworden. Ob jemand christlich, jüdisch oder als Moslem an Gott glaubt und ob er sich in seinem Leben davon bestimmen läßt, steht – geistesgeschichtlich gesehen – völlig beliebig nebeneinander und ist keinen für die Philosophie ernsthaften Streit mehr wert, weil diese Fragestellung völlig irrelevant für die Methodik säkularisierter Forschung geworden ist. Genauso wenig Allgemeingültigkeit kann aber umgekehrt die von seiten der Religiosität und Frömmigkeit aufgeworfene Wahrheitsfrage beanspruchen; ob hoch moralisch oder sektiererisch irrwitzig – ihre Fragestellung wie ihre Antworten bleiben eine persönliche Meinung.

Dies macht die Männer der Kirche nervös. Niemand ist mehr darauf angewiesen, ihnen zuzuhören, um sich in der Welt zurechtzufinden. Der missionarische Auftrag der Kirche hätte ja seine Allgemeingültigkeit verloren. Es gilt also für die Kirche, sich wieder ins Geschäft zu bringen: „Gemeinsam mit der Liebe ist die Wahrheit die Grundkategorie der christlichen Offenbarung. Die Universalität des Christentums resultiert aus seinem Anspruch, die Wahrheit zu sein, und sie schwindet, wenn die Überzeugung schwindet, daß der Glaube die Wahrheit ist. Aber die Wahrheit gilt für alle. Folglich gilt das Christentum, da es wahr ist, für alle. Auf dieser Grundlage ergibt sich das Motiv und die Pflicht der Kirche zur missionarischen Aktivität: wenn die menschliche Vernunft die Wahrheit kennenlernen möchte und wenn der Mensch für die Wahrheit geschaffen ist, dann appelliert die christliche Verkündigung an dieses Offen-Sein der Vernunft, um in das Herz des Menschen einzudringen. Daher kann es keinen Gegensatz, keine Trennung und keine Entfremdung zwischen christlichem Glauben und menschlicher Vernunft geben, denn beide sind auch in ihrem Anderssein in der Wahrheit vereint, beide stellen eine wichtige Rolle im Dienst an der Wahrheit dar, beide finden ihre ursprüngliche Grundlage in der Wahrheit.“

Es berührt in diesem Zusammenhang schon eigenartig, wenn vom Papst in dieser Enzyklika für diesen Gedanken kein anderer als Galileo Galilei (1564 bis 1642) als Kronzeuge zitiert wird:

„[Galilei] hat ausdrücklich erklärt, daß die beiden Wahrheiten, die Wahrheit des Glaubens und die Wahrheit der Wissenschaft, niemals einander widersprechen können, da die Heilige Schrift und die Natur gleichermaßen dem göttlichen Wort entspringen, jene als diktiert vom Heiligen Geist, diese als getreue Vollstreckerin der Anordnungen Gottes, wie er in seinem Brief an P. Benedetto Ca-

stelli am 21. Dezember 1613 schrieb. Das II. Vatikanische Konzil drückt sich nicht anders aus; ja, es nimmt die gleiche Ausdrucksweise wieder auf, wenn es lehrt: Vorausgesetzt, daß die methodische Forschung in allen Wissensbereichen in einer wirklichen wissenschaftlichen Weise und gemäß den Normen der Sittlichkeit vorgeht, wird sie niemals in einen echten Konflikt mit dem Glauben kommen, weil die Wirklichkeiten des profanen Bereichs und die des Glaubens in demselben Gott ihren Ursprung haben (Gaudium et spes, 36). Galilei fühlt bei seiner wissenschaftlichen Forschung die Gegenwart des Schöpfers, der ihn anspornt, seinen Eingebungen zuvorkommt und beisteht, indem er in der Tiefe seines Geistes wirkt.“ Anmerkung 29: Johannes Paul II. Ansprache an die Päpstliche Akademie der Wissenschaften, 10. November 1979: Insegnamenti, II, 2 (1979), 1111-1112.

Galileo Galilei Name steht in der Geschichte der Philosophie geradezu als Synonym für den Konflikt zwischen Glauben und rationalem Verstehen. Mit einem selbst gebauten Fernrohr entdeckte er die Phasen der Venus und die Jupitermonde. Galilei begründete die mathematische Naturwissenschaft. Er geriet in scharfen Gegensatz zur herrschenden kirchlichen Lehre, der sich an der Frage des kopernikanischen Weltsystems entzündete. 1615/1616 fand in Rom der erste Inquisitionsprozeß gegen Galilei statt, in dem er zum Schweigen verurteilt wurde. Als er 1632 in seiner Schrift über das ptolemäische und kopernikanische Weltsystem seine Lehre wiederholte, wurde er in einem zweiten Prozeß 1633 unter Androhung der Folter zum Widerruf gezwungen. „Und sie bewegt sich doch...!“ – soll er nach dem Abschwören gemurmelt haben. Die Überlieferung beschreibt damit nicht nur den per-



**Päpstliches Wappen; Bücherverbrennung**

sönlichen Trotz dieses Mannes gegenüber seinen Henkern, vielmehr bringen diese Worte zum Ausdruck, daß es für die Erkenntnis der Wirklichkeit völlig belanglos geworden ist, was das Lehramt des Stellvertreters Gottes auf Erden jeweils meint, lehren zu müssen.

Folterungen gegen seine ideologischen Feinde, so wie zu Galileis Zeiten, kann der Papst in unseren Tagen tatsächlich nicht mehr veranlassen. Er kann sich aber der Vernunft, die sich ihm entziehen will, um ihre Angelegenheiten autonom zu regeln, andienen: „Welche Bedeutung dem philosophischen Denken bei der Entfaltung der Kulturen und bei der Orientierung des persönlichen und sozialen Verhaltens zukommt, ist offenkundig. Auch auf die Theologie und ihre verschiedenen Disziplinen übt das philosophische Denken einen starken Einfluß aus, auch wenn dieser nicht immer explizit wahrgenommen wird. Ich habe es aus vielen Gründen für richtig und notwendig gehalten, den Wert der Philosophie für das Glaubensverständnis ebenso zu unterstreichen wie die Grenzen, an die sie stößt, wenn sie die Offenbarungswahrheiten vergißt oder zurückweist. Denn die Kirche hält zutiefst an ihrer Überzeugung fest, daß sich Glaube und Vernunft, wechselseitig Hilfe leisten können, indem sie füreinander eine Funktion sowohl kritisch-reinigender Prüfung als auch im Sinne eines Ansporns ausüben, auf dem Weg der Suche und Vertiefung voranzuschreiten.“ Der Papst weiß, daß ohne Grundvertrauen zu Menschen, die Erkenntnisse, gerade auch naturwissenschaftliche, repräsentieren, kein gesellschaftlicher Zusammenhang funktionieren würde. Andernfalls müßten wir jede Brückenkonstruktion nachberechnen, bevor wir einen Schritt über sie wagen, und wir dürften in kein Auto steigen, ohne es selbst völlig inspiziert zu haben. Daher kann er an anderer Stelle (31) schreiben: „Im Glauben vertraut sich ein jeder den von anderen Personen erworbenen Erkenntnissen an. Darin ist eine bedeutungsvolle Spannung erkennbar: einerseits erscheint die Erkenntnis durch Glauben als eine unvollkommene Erkenntnisform, die sich nach und nach durch die persönlich gewonnene Einsicht vervollkommen soll; andererseits erweist sich der Glaube oft als menschlich reicher im Vergleich zur bloßen Einsichtigkeit, weil er eine Beziehung zwischen Personen einschließt und nicht nur die persönlichen Erkenntnisfähigkeiten, sondern auch die tiefergehende Fähigkeit ins Spiel bringt, sich anderen Personen anzuvertrauen, indem man eine festere und innige Verbindung mit ihnen eingeht.“ Wer anders als die allein selig machende Mutter Kirche – nichts Menschliches ist ihr fremd – ist wohl seiner Meinung nach geeignet, auch zukünftig hierbei die Führung zu übernehmen?

Kardinal Ratzinger drückte das so aus:

Der Papst erinnert die Theologen daran, „... daß die Theologie ohne eine gesunde Philosophie dazu bestimmt ist, den Denkformen der postmodernen Kultur zu erliegen, die es aufgegeben hat, über die Frage der Wahrheit nachzudenken. Er lädt die Philosophen dazu ein, einer ständig gültigen Tradition zu folgen und die Dimensionen der Weisheit und der Wahrheit – auch der metaphysischen – im philosophischen Denken wiederzubeleben.“

Die Enzyklika „Fides et ratio“ will dem zeitgenössischen Menschen das Vertrauen und die Möglichkeit wiedergeben, eine sichere Antwort auf seine Unruhe und seine existentiellen Bedürfnisse zu finden. Sie fordert das menschliche Gewissen auf, sich dem Grundproblem der Existenz und des Lebens zu stellen und die Wahrheit Gottes als Prinzip der Wahrheit, der Person und der ganzen Welt anzuerkennen.“

Angesichts solcher Aussagen tritt die derzeitige ideologische Schwäche marxistischer Philosophie als Weltanschauung deutlich zutage: Hat sie denn wirklich gute Antworten auf das ur-religiöse Thema, das den Menschen in seiner existentiellen Einsamkeit oft genug einholt: „In der Welt habt Ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden!“ (*Evangelium des Johannes 16,33*)

Die neueste Meldung in diesem Zusammenhang lautet: Auf Kuba wird der Weihnachtsfeiertag wieder eingeführt. Die katholische Kirchenführung hat den Politbürobeschuß „mit Jubel“ begrüßt.

Karl-Helmut Lechner

in und bei der PDS ...

## Regionaltreffen der PDS West (Süd)

Das Treffen war von etwa 70 Leuten besucht, davon vielleicht fünf aus Bayern, fünfzehn aus Baden-Württemberg und fünfzig aus Hessen, und somit ein Diskussionsforum der PDS Hessen mit Gästen aus den südlichen Bundesländern. Da die politischen Konstellationen in der Landes- und Kommunalpolitik der drei Länder sehr unterschiedlich sind, bildeten sich in der Diskussion Schwerpunkte vorwiegend ohne besonderen Regionalbezug.

Bei der Diskussion der Europapolitik war man sich einig, daß die Wendung vom „So nicht ...“ zum „So ...“ schwierig und die Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien erforderlich sei. In seinem einleitenden Vortrag brachte Wolfgang Gehrcke (MdB, PDS-Bundestagsfraktion Bereich Außenpolitik) die Anregung, auf europäische Bürgerrechte hinzuarbeiten, der in der Diskussion mehrfach aufgegriffen wurde.

Es wäre in der Tat ein interessanter Ansatz, die politische Gemeinschaft der EU nicht durch immer größere Kompetenzen des neuen Staatsapparates zu definieren, sondern durch Bürgerrechte, die allen Einwohnern der EU zuzuschern sind und von den nationalen Regierungen wie den EU-Institutionen einzuhalten sind. Auf diesem Wege könnte man auch den besonders in Frankreich lebhaften Einwänden gegen eine europäische Verfassung Rechnung tragen. Durch einen Grundrechtekatalog – wie er im Vorschlag des Europawahlprogrammes auch gefordert wird – würden nämlich nicht die Staatsinstanzen und Behörden gegenüber den Bürgern legitimiert, sondern die Bürgerinnen und Bürger.

Meinungsunterschiede wurden auf dem weitem Feld der Gestaltung der Parteiarbeit sichtbar. Es gibt die Vorstellung, die Partei müssen mit ihren Angeboten in immer mehr Lebensbereiche vordringen und (der Berichterstatter meint, nach dem Vorbild der Kirchen) mit eigenen Tageszeitungen und Volksfesten, Kulturangeboten und Riten immer mehr Menschen an die Partei heranziehen. Auf der theoretischen Ebene entspricht dem die von Dieter Dehm vorgetragene Vorstellung, in der Partei müsse darüber geredet werden, was das Glück und wie es zu gewinnen sei. Höchst problematisch ist das, denn diese Vorstellung trifft auf die Tatsache der Pluralität der Lebensstile, die auch im Wählerkreis der PDS vorliegt und politisch vermittelt werden muß. Auf Gebieten wie der Auswahl der Lektüre, der Kulturangebote, der öffentlichen und familiären Feste prägt sich die Verschiedenheit der Lebensstile aus, was den einen entgegenkommt, mag die anderen abstoßen.

Richtig ist freilich, daß im Engagement für linke Politik die Ziele der Partei zu spüren sein müssen, Solidarität erfahrbar sein muß. Schon in Statuten aus dem bald vorvorigen Jahrhundert heißt es: Alle Kommunisten sind Brüder und einander zur Hilfe verpflichtet. Wenn es auch „Brüder“ nicht so richtig trifft, ist es ansonsten doch ein würdiger Grundsatz. Aber muß man deswegen die gleiche Tageszeitung lesen und die selbe Musik schön finden?

Es kam noch manches andere mehr zur Sprache. Am Ende stellte Genosse Gehrcke fest, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden, aber der Fundus der Gemeinsamkeiten groß und tragend sei.

Falls weiter solche regionalen Diskussionsforen durchgeführt werden sollen, wäre es wohl am besten, sich ein Schwerpunktthema zu suchen und den zusammengefaßten Landesverbänden die Ausrichtung im Turnus zu übertragen.

maf

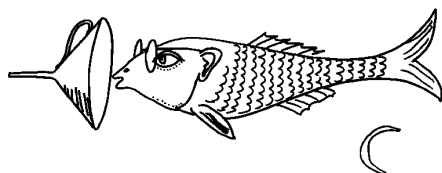
# An alle Bezieherinnen und Bezieher der Politischen Berichte!

Viele Jahre lang ist der Preis der „Politischen Berichte“ unverändert geblieben: 2.- DM pro Exemplar. Auch seitdem die Zeitschrift nach mehreren Formatwechseln Anfang 1997 wieder in ihrem jetzigen Format und Umfang erschien, konnten Verlag und Herausgeber den Preis – dank vielfältiger Unterstützung und weiterer Einsparungen beim Verlag – weiter bei 2.- DM pro Exemplar halten.

Jetzt geht das nicht mehr. Ab der kommenden Ausgabe steigt der Preis der Politischen Berichte von 2,00 DM auf 2,50 DM. Alle Abo-Preise steigen entsprechend um 13 DM im Jahr, d.h. ein normales Jahresabo kostet künftig 91 DM, ein Sozialabo kostet künftig pro Jahr 65 DM, ein Abo für Bezieher/innen aus den neuen Bundesländern kostet jetzt 80,60 DM. Auch die Preise für Förderabos steigen entsprechend, d.h. von 130 auf 143 DM im Jahr.

Wir hoffen, damit die über Jahre gestiegenen Preise (Porto, Papier usw.) auffangen zu können und zugleich sinkende Zuschußmöglichkeiten auf Seiten der Herausgeber auszugleichen. Die Bezieherinnen und Bezieher der Zeitschrift bitten wir um Verständnis.

Verlag und Herausgeber



**Zum Vormerken: Winterschule, ARGE-Treffen:**  
**Sonntag, 3. Januar 1999, 14 Uhr bis Dienstag, 5. Januar 1999,**  
**Abreise am 6. Januar.**

**Ort:** Jugendherberge „R. Breitscheid“  
in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25

**Themen** Die Themen im einzelnen siehe beiliegenden Rundbrief

**11./12. Dezember:** EU-Gipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

**16./17. Januar 1999:** 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

**16. Januar 1999:** 63. Parteitag der CSU in München

**23. Januar 1999:** F.D.P.-Europatag zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl, Kongreßzentrum in Frankfurt/M.

**23./24. Januar 1999:** Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

**7. Februar 1999:** Landtagswahl Hessen

**9. Februar 1999:** 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosen-Gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

**6./7. März 1999:** Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

**13./14. März 1999:** Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

**23. Mai 1999:** Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

**28. Mai 1999:** 50. Bundesparteitag der F.D.P. in Bremen

**4./5. Juni 1999:** EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

**6., Juni 1999:** Bürgerschaftswahl in Bremen

**13. Juni 1999:** Europawahlen, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

**18./20. Juni 1999:** Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

**13. Juni 1999:** Europawahlen

**Juli 1999:** Landtagswahl in Brandenburg

**12. September:** Kommunalwahlen in NRW

**19. September:** Landtagswahl in Sachsen

**September 1999:** Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

**24. Oktober:** Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

**Herbst:** Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen

ADRESSAUFKLEBER

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

**Regionales West und Ost:** Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

**Aus Betrieben und Gewerkschaften:** Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo ( 32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart